

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interflons-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 13. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Königsberger Prozeß
und die Reform der Strafprozeßordnung.

Vor mehr als Jahresfrist hat das Reichs-Justizamt eine Kom-
mission einberufen, welche die Vorarbeiten zu der als notwendig
anerkannten Reform unserer Strafprozeßordnung liefern soll.

Wieder hat es sich gezeigt, daß mit der Regelung, welche die
Hauptverhandlung in unserer Strafprozeßordnung erfahren hat, in großen
und ganzen auszukommen ist, daß aber unser Vorverfahren,

Die Voruntersuchung, welche der Gesetzgeber ursprünglich
als Schutz für den Angeklagten gedacht hat, die ihm Gelegenheit
zur Entkräftung der gegen ihn sprechenden Verdachtsgründe gewähren
sollte, hat diese Aufgabe nicht erfüllt, vielmehr sich in eine die Inter-

Das dieser Zustand ein unhaltbarer ist, geben vorurteilslose
und gebildete Praktiker neuerdings rückhaltlos zu. Erkante doch
ein Straßburger Staatsanwalt in seinem Gutachten für die letzte
Versammlung der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung zu
Stuttgart an, daß der Untersuchungsrichter im Zweifel, selbst da, wo
es sich um die persönliche Freiheit des Angeklagten handelt, stets
derjenigen Entscheidung den Vorzug geben wird, welche den Inter-

Das allerdings solche die hergebrachte Schablone durchbrechenden
Anschauungen vereinzelt dastehen, wird niemand, der die rückschritt-
lichen Ansichten unserer praktischen Juristen kennt, wundernehmen.
Welche Gefahren und von dieser Seite her in die Wege geleiteten
sogenannten Reform der Strafprozeß-Ordnung drohen, dafür liefert
eine vor kurzem von dem Berliner Landgerichtsrat Kade heraus-

Kade geht davon aus, daß der Untersuchungsrichter nicht ein
Verfolger, sondern ein objektiver Ermittler der Wahrheit ist. Und
von diesem Standpunkte aus kommt er zu der Forderung, daß der
Angeklagte und sein Verteidiger Einsicht von den Untersuchungs-
akten stets, jedoch nur nach Ermessen dieses objektiven Ermittlers
der Wahrheit nehmen dürfen, nämlich „nur, soweit dies nicht
den Gang der Untersuchung stört“. Das Recht des
Angeklagten, Weisungsanträge in der Voruntersuchung zu stellen, soll
sich darauf beschränken, daß der Angeklagte dem Untersuchungsrichter
Vorschläge machen darf. Beim Abschluß der Voruntersuchung endlich
soll der Untersuchungsrichter seine Ansicht über den Sachverhalt
äußern. Weitere Maßnahmen, so schlecht Kade, sind zum Schutze
des Angeklagten nicht erforderlich.

Prüfen wir nun an der Hand des Königsberger Prozesses diese
angeblichen Rechtsgarantien. Das Gesetz schreibt vor, daß dem
Beschuldigten zu eröffnen ist, welche strafbare Handlung ihm zur Last
gelegt wird, um ihm die Gelegenheit zur Befreiung der gegen ihn
vorliegenden Verdachtsgründe und zur Geständnisabgabe der zu seinen

Gunsten sprechenden Thatsachen zu geben. Wie unzureichend diese
gesetzliche Vorschrift ist, hat der Königsberger Prozeß gezeigt.
Trotz zahlreicher Anträge der Verteidigung sind den Angeklagten während
der ganzen Dauer der Voruntersuchung weder die inkriminierten
Schriften vorgelegt, noch auch nur die Titel mitgeteilt
worden. Eine wirksame Verteidigung war hiernach einfach
unmöglich. Diese Thatsache, daß eine monatelange Untersuchungs-
haft über eine Anzahl deutscher Staatsbürger verhängt wurde, ohne
daß sie die ihnen zur Last gelegten Straftaten im einzelnen
kannten, spricht mit bezwingender Wucht für die Befreiung der
geheimen richterlichen Voruntersuchung. Welcher der beiden von den
Gegnern des heutigen Systems vorgeschlagenen Wege der bessere
ist: die Durchführung völliger Parteioffenheit oder die
vollständige Abschaffung der richterlichen Voruntersuchung, soll
hier nicht erörtert werden. An dieser Stelle kam es nur darauf an
zu zeigen, was unter der Herrschaft des geltenden Rechtes möglich
ist. Geht man nur noch einen Schritt weiter und läßt mit Kade die
Atteneinsicht für den Angeklagten stets nur dann zu, wenn dies
nach dem freien Ermessen des Untersuchungsrichters den Gang
der Untersuchung nicht stört, so heißt dies, den Angeklagten für völlig
vogelfrei erklären.

Genau so wenig aber wie über die tatsächliche waren die
Angeklagten auch über die rechtliche Seite der Beschuldigung in-
formiert. Letzteres nicht, weil Staatsanwalt und Untersuchungs-
richter hierüber selbst nicht zureichend unterrichtet waren, weil ihnen
das Bestehen einer amtlichen, „in der zweiten Abteilung Seiner
Kaiserlichen Majestät Signen Kanzlei“ hergestellten deutschen Ueber-
setzung des russischen Strafgesetzbuches unbekannt war. Das
russische Gesetz aber war vorliegend integrierender
Bestandteil des zur Anwendung zu bringenden deutschen Rechtes,
das die Verfolgung lediglich unter der Voraussetzung
einer nach russischem Gesetze verbürgten Gegenseitigkeit zu-
läßt. Gab es von diesem eine amtliche Uebersetzung,
so war nichts zweckentsprechender, als diese zu Grunde zu legen.
Statt dessen operierten Voruntersuchung und Anklageschrift mit einer
von russischen Bedeuten gelieferten unvollständigen und falschen
Uebersetzung. Was würde man sagen, wenn der deutsche Richter
an Stelle der Vernachlässigung des deutschen Strafgesetzbuchs die unrichtige
Wiedergabe desselben in irgend einem Buche wählen würde? Kei-
nlich aber ist in Königsberg verfahren.

Aber nehmen wir einmal an, die amtliche deutsche Ausgabe des
russischen Strafgesetzbuchs existierte nicht, so daß das russische Original
die einzige, auch dem deutschen Richter zur Verfügung stehende
Rechtsquelle wäre. Wie konnte man sich dann mit der
Uebersetzung einer ausländischen, der Jurisdiktion der deutschen
Gerichte nicht unterstehenden und ihnen nicht Rechenschaft schuldigen
Behörde begnügen? Das Gerichtsverfassungsgesetz bestimmt, daß
johald eine in einer fremden Sprache abgefaßte Schrift als Beweismittel
benutzt werden soll, die Zustimmung eines Dolmetschers zu erfolgen
hat, dessen Befugnisse und Pflichten vom Gesetz im einzelnen genau
geregelt sind, dessen ganze Stellung, dessen durch Disciplinar- und
Strafgesetze verstärkte Verantwortlichkeit die Garantie für eine
ehrliche und sorgfältige Ausübung seines Amtes gewährt. Wie sach-
kundige und gewissenhafte Dolmetscher dem Königsberger Gericht
zur Verfügung standen, hat die Hauptverhandlung gezeigt.

Die Folgen, daß man im Vorverfahren nicht diese, sondern die
gewiß nicht unbedenkliche russische Behörde über die entscheidende
Frage zu Rate gezogen hat, ob die Gegenseitigkeit verbürgt ist, also
der ganze Prozeß überhaupt ein rechtliches Fundament hat, sind
bekannt. Eine Monate dauernde Voruntersuchung ist geführt, eine
Monate dauernde Freiheitsentziehung ist über eine Anzahl Menschen
ausgesprochen worden, während doch das ganze, den Hochverrat und
die Jarenbeleidigung betreffende Verfahren in demselben Augenblick
hätte eingestellt werden müssen, in dem man die Frage zureichend
beantwortet, welche von allem Anfang an und bevor man irgend
einen Angeklagten in Untersuchungshaft steckte, unter Zugiehung
eines gewissenhaften und sachkundigen Dolmetschers von Amtswegen
gestellt werden mußte.

Deutlicher als aus diesen Thatsachen, die bei keiner Beratung
über die Abänderung der Strafprozeß-Ordnung vergessen werden sollten,
läßt sich wohl nicht, auch nicht für den verbildeten Anhänger des
geltenden Rechtes, darlegen, daß die Rechtsförmlichkeit eine Reform
des Vorverfahrens an Haupt und Gliedern erfordert. Im Prozeß
gibt es kein Heil außer in der Form, keine heiligere Pflicht, als
diese zu wahren. Unser Vorverfahren mit seinem geheimen, inquisi-
torischen Charakter aber macht es den Angeklagten unmöglich, sogar
ihresseits den Nachweis zu führen, daß die wesentlichste formale
Voraussetzung fehlte, mit der der ganze Prozeß stand und fiel.

Rechtsanwalt Hugo Heinemann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. August.

Ein offener Brief an den Reichskanzler.

Dem österreichischen Reichsrats-Abgeordneten Genossen
Engelbert Fernerstorfer wurde durch die Polizei
in Frankfurt a. M. verboten, in einer Versammlung
als Redner zu sprechen.

Der Russenkurs des Grafen Willois ist um eine Großthat reicher.
Nicht bloß jüdische „Schmorrer und Verschwoerer“ werden von Willois
und seinen politischen Helfershelfern verfolgt und mit dem Donnerstrahl
der Ausweisung belegt; auch urgermanische Deutsche trifft dieses
Schicksal. Am Mittwochabend wollte Genosse Reichsrats-Abgeordneter
Fernerstorfer aus Wien auf seiner Durchreise nach Amsterdam
zum Internationalen Sozialistenkongress in Frankfurt einen Vortrag
über „Die Entwicklung der Socialdemokratie in Oesterreich“ halten. In

letzter Stunde wurde aber dieses Vorhaben von der Polizei ver-
eittelt. Jedenfalls erschien ihr Fernerstorfer als ein außerordentlich
staatsgefährlicher Mensch. Denn Tags zuvor wurde dem Vertrauens-
mann und Einberufer der Versammlung, Genossen Georg Meier,
folgendes Schreiben des Frankfurter Polizeipräsidenten zu-
gestellt:

Der königl. Polizeipräsident.
Sofort.

Frankfurt a. M., 9. August 1904.
Nach Zeitungsankündigungen soll in der von Ihnen an-
gemeldeten öffentlichen Versammlung am 10. d. M., 8 1/2 Uhr
abends, im hiesigen Gewerkschaftshause der österreichische Reichs-
rats-Abgeordnete E. Fernerstorfer aus Wien einen
Vortrag über „Die Entwicklung der Socialdemokratie in Oesterreich“
halten. Da Fernerstorfer Reichs-Ausländer ist, so untergehe ich
ihm hiermit, in der vorerwähnten Versammlung als Redner
aufzutreten. Ich ersuche Sie, hiervon dem Genannten, dessen
zeitiger Aufenthalt hier nicht bekannt ist, Mitteilung zu machen.
Bei der Nichtbeachtung dieser Anordnung wird der überwachende
Polizeibeamte in der Versammlung gegen Fernerstorfer sofort
einschreiten und letzterer als lästiger Ausländer ausgewiesen
werden.
Scherenberg.

Genosse Fernerstorfer veröffentlicht nunmehr in der Frank-
furter „Vollstimme“ einen offenen Brief an den höchsten Vorgesetzten
der preussischen Polizei, den Reichskanzler und preussischen Minister-
präsidenten Grafen v. Bülow. Der offene Brief kennzeichnet in
würdigem Ernst und in seinem Spott die „nationale Politik“, die
in Preußen-Deutschland unter dem glorreichen Regime dieses
Reichskanzlers geübt wird. Genosse Fernerstorfer, der in unsren
Streifen oft ein elementares Empfinden für deutschnationales Wesen
bekundete, hat durch seinen offenen Brief ein wertvolles Dokument
zur deutschnationalen Reichsherrschaft unsrer Tage geschaffen.

Herr Reichskanzler!

Als ich Dienstag früh vor Nürnberg im Eisenbahncoupee auf-
wachte und in die dort nicht übermäßig reizvolle Gegend hinaus-
schaute, überkam mich, wie jedesmal, wenn ich deutschen Reichs-
boden betrete, ein wonniges Heimatgefühl. Das ist der
heilige Boden, auf dem dein Volk seine selbständige
politische Existenz lebt — dieser Gedanke befiel mich wieder mit
Wacht, und ich freute mich, auf meiner Reise nach Amsterdam
einige Tage in reichdeutschen Landen verbringen zu können.
Lange schon war es mein Wunsch, die alte Reichsstadt Frank-
furt a. M., an der ich bis jetzt immer nur vorübergefahren war,
einmal besuchen und besichtigen zu können, die Stadt
Goethes und der Paulskirche, die Stadt, die jedem Deutschen
doppelt teuer ist als die Städte, an der das größte deutsche
Genie geboren wurde und in der nach trübseligen Tagen politischer
Zersplitterung zum erstenmal ein deutsches Volksparlament zu-
sammentrat.

Nun weiß ich freilich, daß weder Sie, Herr Reichskanzler, noch
die preussische Polizei, deren oberster Chef Sie sind, mir nicht das
geringste in den Weg gelegt hätten und in den Weg legen würden,
hier und wo anders innerhalb Preußens mich Deutschlands zu
freuen, wenn ich nicht die Absicht gehabt hätte, in Einlösung eines
alten Versprechens, meinen Parteigenossen in Frankfurt in einer Ver-
sammlung etwas über „die Entwicklung der Socialdemokratie in
Oesterreich“ zu erzählen. Daß dieser Gegenstand der preussischen Polizei
allen zu bedenklich erscheinen würde, konnte ich in keiner Weise vermuten,
denn ich habe über ihn schon 1901 in Berlin in einer großen Ver-
sammlung gesprochen, ohne bei den überwachenden Polizei-Organen
Anstand zu erregen. Außerdem war ich fest entschlossen, kein Wort
über die innere Politik Deutschlands zu sprechen. Ich hätte bloß
berichtet, wie die österreichische Socialdemokratie als Kind der
deutschen Bewegung entstanden, wie sie groß geworden ist trotz der
tausendfachen Verfolgungen österreichischer Regierungen und trotz der
verabschönigungswürdigsten Versuche einer tüdlichen, österreichischen
Polizei, sie durch Spitzhellei innerlich zu korrumpieren. Ich hätte
am Schlußes mitteilen können, daß die österreichische Socialdemokratie
nunmehr ein anerkannter und respektierter Faktor im öffentlichen
Leben geworden ist und daß bei uns in Oesterreich kein Politiker und
Staatsmann von einiger Bedeutung zu finden ist, der ernsthaft
glauben würde, die socialdemokratische Partei und ihre Bestrebungen
seien durch schmachthafte Neben- oder durch brutale Polizeimahregeln
aus der Welt zu schaffen.

Das hätte ich im wesentlichen ausgeführt. Ich bin nicht dazu
gekommen, da mir Ihre Polizei verwehrt hat, in Frankfurt a. M. zu
sprechen. Ist das, was ich da ausführen wollte, in Preußen zu sagen
wirklich nicht erlaubt? Ich erinnere mich, Herr Reichskanzler, daß Sie
sich einmal als einen Verehrer Johann Gottlieb Fichtes er-
kärt haben. Was hätte dieser große Deutsche zu dem Verhalten
Ihrer Frankfurter Polizei gesagt, jener Polizei, für die Sie ver-
antwortlich sind?! Oder gehören Sie, Herr Reichskanzler, zu jenen,
die, um ein Wort Lassalles zu gebrauchen, die großen deutschen
Dichter und Denker mit deshalb loben, weil sie sie nicht gelesen
haben?

Sie haben, Herr Reichskanzler, vor nicht langer Zeit russische
Staatsangehörige ausgewiesen, weil sie sich erlaubt haben, preussische
Regierungsmahregeln zu kritisieren. Es mutete seltsam an, daß ein
großer Staat so viel Furcht vor der Kritik einiger weniger hatte,
hinter denen keinerlei materielle Macht stand. Noch verwunderlicher
wirkte der Hohn, mit dem Sie, Herr Reichskanzler, diese machtlosen
einzelnen übergoßen. Sie gehören einem „vornehmen“ Geschlechte
an, Herr Reichskanzler, ich bin bloß „proletarischer“ Abstammung.
Aber ich muß gestehen, ich wäre, wenn ich mich in Ihren Fall ver-
setze, absolut außer Stande, zum Schaden auch noch den Spott zu

fragen. Das war, nach meinem Gefühl, durchaus nicht nett von Ihnen, Herr Reichskanzler. Aber immerhin möchte man für diesen Fall im überquellenden nationalen Chauvinismus, wenn auch keine Entschuldigung, so doch eine Erklärung finden. Sie erstoben sich über die Russen, die noch dazu russische Juden waren!

Bei mir aber, Herr Reichskanzler, steht die Sache ganz anders, und während Sie in jenen Opfern Ihrer Laune bloß die Menschlichkeit verletzen, beleidigen Sie in mir aufs äußerste mein nationales Empfinden. Es ist wahr — ich bin ein internationaler Sozialdemokrat und führe zum internationalen Sozialistenkongress, aber ich habe es nie verhehlt, daß mich mit meinem Volke ein starkes und unzerstörbares Band nationaler Zusammengehörigkeit verbindet. Man kann internationaler Sozialist sein und doch warm national empfinden. Man kann, ja man muß als internationaler Sozialist ein lebhaftes Interesse an dem Gedeihen und an der Freiheit anderer Nationen haben. Dieses Interesse ist mindestens ebenso berechtigt, als jenes, das die preussische Regierung mit der russischen verbindet, wenn es gilt, absolutistische und autoritäre Interessen zu verteidigen. Gegen den Bund der reaktionären Regierungen der Bund der freiheitsdürstigen Völker! Sie würden, Herr Reichskanzler, Einsprüche dagegen erheben, wenn Ihnen jemand vorwerfen wollte, Ihre internationale Dienstbarkeit gegen Rußland sei ein Ausfluß antideutscher Gesinnung. Sie müssen daher ganz gut begreifen, daß ein deutscher Sozialdemokrat, der auf dem Boden der Internationalität steht, sich den Vorwurf der Deutschfeindschaft nicht gefallen zu lassen braucht. Ich bin ja nicht der erste, der sich gegen einen solchen Vorwurf verteidigt. Ich thue es in diesem Augenblick, weil Ihr Verbot mich daran hindert, zu deutschen Volksgenossen zu sprechen. Ich thue es, um zu protestieren gegen das Niveau Ihrer nationalen Gesinnung. Ein großes, geeintes Deutschland, das einen Deutschen aus Oesterreich in Preußen als „lästigen Ausländer“ zu erklären droht, weil er — nicht etwa die innere Politik Deutschlands in mildebsamer Weise kritisiert, nein, bloß weil er ein Sozialdemokrat ist?! Glauben Sie in der That, Herr Reichskanzler, daß dies der Weg ist, auf dem Deutschland in der Welt voran und Preußen in Deutschland voran geht?

Ich wende mich, Herr Reichskanzler, in voller Deffentlichkeit an Sie, nicht vielleicht deswegen, weil ich meiner beschriebenen Person eine besondere Wichtigkeit beilege, sondern einzig deswegen, weil mich Ihr Polizeiverbot in meinen nationalen Empfindungen ebenso gräßlich wie schmerzhaft beleidigt hat, und weil ich als Deutscher öffentlich Protest einlegen will gegen eine Polizeimaßregel, die ich als eine dem deutschen Namen angethane Beschimpfung fühle. Ich füge meinen Protest den tausend und abertausend Protesten bei, die von den deutschen Arbeitern schon erhoben worden sind gegen die Herabsetzung der deutschen Ehre. Neuerdings ist mir an diesem mich persönlich kränkelnden Falle klar geworden, wo Deutschlands Größe und Zukunft liegt: nicht in Deutschlands Reichsregierung, sondern in Deutschlands Volks-, in Deutschlands sozialdemokratischer Arbeiterpartei. Empfangen Sie, Herr Reichskanzler, den Gruß Ihres aufrichtigen

Engelbert Bernerstorfer,
Mitglied des österreichischen Reichsrates.
Frankfurt a. M., 10. August 1904.

Ueber den Verlauf der Versammlung, in der Bernerstorfer nicht sprechen durfte, wird uns aus Frankfurt geschrieben:

Als Genosse Meier der überfüllten Versammlung das Schreiben des Polizeipräsidenten bekannt gab, wurden laute, langanhaltende Witze laut. Mehrfach hörte man auch die Rufe: „Ruffenkurs!“ Es dauerte geraume Zeit, bis sich die Aufregung einigermaßen gelegt hatte. Es ist das zweite Mal, daß einem Ausländer hier das Sprechen in einer Volksversammlung verboten wird. Vor zwei Jahren traf das Verbot den Genossen Robert Seidel in Zürich. Inzwischen hat aber ein Wechsel im Frankfurter Polizeipräsidenten stattgefunden, und man glaubte allgemein, daß der neue Polizeipräsident Scherberg eine objektivere Auffassung der Arbeiterbewegung gegenüber einnehmen werde, zumal er innerhalb des Präsidiums einen gründlichen Personenwechsel vornahm und auch sonst eine Reihe von Reformen einführt, die etwas liberaleren Geist verrieten. Aber die Hoffnung war verfehlt. Es wird derselbe Faden fortgesponnen. Herr v. Mülling, ein Mann von der Kirchenströmigkeit des Herrn v. Mirbach, ist gegangen; aber das System Mülling ist geblieben, wie obige Orde mit aller Deutlichkeit zeigt. Wie könnte es auch anders sein bei dem Kurs, der zur Zeit in Berlin gesteuert wird.

An Stelle Bernerstorfers hielt Genosse Dr. Duard ein Referat über die Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie, wobei er in scharfer Weise die Mundtodmachung Bernerstorfers geißelte. Ein Hermann Schumann, russische Spindel dürfen nach Berlin kommen, aber ein Mann wie Bernerstorfer dürfe in Frankfurt nicht sprechen. Das kennzeichnende unsere gegenwärtige Politik. Daß man jetzt in Frankfurt Bernerstorfer einen Maulkorb angelegt habe, sei um so beschämender, als er vor einigen Jahren, 1901, sogar in Berlin sprechen durfte. Ja, man habe ihn sogar in Sachen sprechen lassen; nur in Frankfurt sei sein Auftreten „staatsgefährlich“ und „lästig“. Man ersehe daraus, welche Fortschritte der Ruffenkurs bei uns macht.

Inzwischen war Bernerstorfer im Saal erschienen und wurde auf der Aufforderung des Genossen Duard gebeten, wenn er auch nicht sprechen dürfe, sich wenigstens der Versammlung vorzustellen. Bernerstorfer that das, indem er das Podium betrat und nun spielte sich eine dramatische Scene ab. Ein minutenlanges Weisfalsorlan durchdrang den Saal, stehend jubelten dort alten Kampfen die Frauen von Frauen und Männern zu, es war eine Scene, wie ich sie nur einmal in Frankfurt erlebt habe: als Liechtlicht sprach. Als sich endlich der Weisfalsorlan gelegt, trat Bernerstorfer vor und richtete einige Worte an die Versammlung: Es erlaube ich mir zu betonen, daß es ihm nicht möglich sei, ein Bild von der österreichischen Parteiverhältnisse zu geben, (Der Kommissar wird unruhig) denn er könne wohl in Anspruch nehmen, ein Kenner der österreichischen Verhältnisse zu sein. (Der Polizeikommissar wird nervöser und macht Einwendungen gegen das Weiterreden.) Bernerstorfer beschwichtigt ihn mit den Worten: Fürchten Sie nichts, mir Destrreicher ist die g'müthlichsten Menschen der Welt, ich werde nicht zum Thema sprechen, ich will nur... da wendet sich plötzlich der Kommissar zu dem neben ihm stehenden Schumann und giebt diesem einen Befehl. Dieser erhebt sich, legt den Helm auf und — schreitet auf Bernerstorfer zu. Auch der Kommissar ist aufgestanden... im Saal herrscht lautlose Stille, dann bricht auf einmal ein fürchterlicher Lärm los und viel hundertstimmig ertönen die Rufe: „Phü! Ruffenkurs, Schmach, Schande! Dem Kommissar möchte wohl bei diesem Ausdruck des Volkszornes ein gewisses Zaudern und Schaudern überkommen sein, er giebt dem Schumann einen Wink und dieser zieht sich wieder zurück. Nachdem die Versammlung wieder ruhig geworden, tritt Bernerstorfer nochmals vor und sagt: Ich wollte mir für die Größe der deutschen Genossen danken und sie namens der österreichischen erwidern! (Donnernder Beifall.) Der Vorsitzende schloß darauf die Versammlung mit dem Hinweis, daß Bernerstorfer bei seiner Rückkehr vom Amsterdamer Kongress in 14 Tagen in Offenbach sprechen werde, wo die preussische Polizei nichts zu sagen habe. „Auf Wiedersehen in Offenbach!“ waren die letzten Worte, die Bernerstorfer unter allgemeinem Jubel der Versammlung nachrief.

Ein Weisfalsogramm des Kaisers.
Aus Paris wird vom 12. August gemeldet:
Das Weisfalsogramm des deutschen Kaisers an die Witwe Waldeck-Roussieu lautet in der Uebersetzung wie folgt: „Empfangen

Sie, gnädige Frau, den Ausdruck meiner aufrichtigen Teilnahme an dem schrecklichen Verluste, der Sie betroffen hat. Ich werde mich immer mit Vergnügen der Stunden erinnern, welche ich mit Ihrem Herrn Gemahl habe verleben können, dessen Liebenswürdigkeit ich ebenso habe bewundern können, wie seine Geistesstärke. Gott sei mit Ihnen in diesen Stunden der Trauer.“

Waldeck-Roussieu hatte vor zwei Jahren Gelegenheit, mit dem deutschen Kaiser auf der Nordbahn zusammenzutreffen. Es wurde schon damals erzählt, daß der Kaiser und der damalige Ministerpräsident der französischen Republik sich gegenseitig als gar liebenswürdige Menschen kennen gelernt haben. Auch das jetzige Weisfalsogramm zeigt, daß der deutsche Kaiser voll Interesse und Teilnahme für Persönlichkeiten sein kann, die eine Regierungsform vertreten, deren Fürsprecher in Deutschland von den Monarchisten als abscheuliche Umstürzler und Feinde der Ordnung gelächert werden. Der Kaiser denkt anscheinend über Republikaner humaner als die Kaiserlichen.

Indiskretions-Angst. In Königsberg scheint das Bewußtsein der Justizbehörde für „hinreichenden Verdacht“ besonders entwickelt zu sein. Insbesondere scheint man ein ganz merkwürdiges Mißtrauen gegen die eignen Beamten zu haben. Das hat sich nicht nur bei dem jetzigen Zeugniszwangsverfahren gegen Genossen Wätner, sondern auch während des Vorverfahrens des Königsberger Prozesses gezeigt.

Am 26. April 1904 ging an den Genossen Braun nach Jülich folgendes Telegramm:
Braun-Jülich. Haft Braun, Rowagroski, Treptau aufgehoben. Brief folgt. Reiter.

Bei den intimen Beziehungen, die zwischen den Verkehrsbehörden und Polizei und Staatsanwaltschaft walten, wurde dies Telegramm alsbald dem ersten Staatsanwalt Schläge überreicht, der erregt in die Akten schrieb: Man müsse prüfen, ob und event. durch welches Beamten Indiskretion der gerichtliche Beschluß bereits vor 12 Uhr 40 Minuten dem Abfender Reiter bekannt geworden ist.

Der Staatsanwalt aber wurde sofort durch den Untersuchungsrichter beschwichtigt, der ihm mitteilte, „eine Indiskretion irgend eines Beamten sei vollständig ausgeschlossen“. Es sei alles mit rechten Dingen zugegangen.

So wurde damals ein Disziplinarverfahren gegen Unbekannt verhindert. Merkwürdig nur, daß auf den geheimnisvollen „Reiter“ nicht gleich das Verfahren wegen Scheinbündel und Hochverrat ausgedehnt wurde.

Ueber den Zeugniszwang, der gegen unsern Redakteur Genossen Wätner verhängt ist, sagt die „Vollst.-Ztg.“: „Auch diese Aktion wird so enghirnig, wie alle Zeugniszwangsverfahren vorher: mit einer Niederlage der Gerichtsbehörde. Für die Sozialdemokratie aber würde sich auch diese Affäre wieder, wie alle ähnlichen Vorkommnisse dieser Art, zu einer vorteilhaften Parteilafame gestalten; denn es wird im Publikum keinen Menschen geben, der dem sozialdemokratischen Redakteur nicht rückhaltlose Anerkennung dafür zollt, daß er ein journalistisches Ehrenprinzip handhaft hochgehalten hat.“

Der geheime Erlaß des — Dr. Heim.

Der Centrumsabgeordnete Dr. Heim hat jüngst in der bairischen Abgeordnetenkammer einen geheimen Erlaß des Kriegsministers v. Asch aus der Tasche gezogen, der die Ungesetzlichkeit des Duells förderte. Aber es zeigt sich, daß auch der sittlich entsetzte Dr. Heim seine geheimen Erlasse schreibt, die zwar nicht das Duell empfehlen, wohl aber unredliche Geschäftspraxis und unrechtmäßige Uebervorteilung der Staatskasse betreiben.

Unter der Ueberschrift „Staatshilfe und Staatsbetrug“ schreibt die dauernbändlerische „Neue Bayer. Landeszeitung“:

Herr Abg. Dr. Heim hat in der Zweiten Kammer der Rot der Landwirtschaft, welche infolge der Dürre über einen Teil der Oberpfalz und Mittelranken hereinbrochen ist, Erwähnung gethan und den Verkehrsminister ersucht, für Futtermittel, besonders Heu und Stroh, billigere Ausnahmestaxen zu gewähren. Gleichzeitig hat er die Warnung beigefügt, die Ausnahmestaxen seien anders als nur landwirtschaftlichen Genossenschaften und dergleichen zu bewilligen, denn sonst sei wieder dem Mißbrauch Thür und Thor geöffnet.

Zu dieser sittenreinen Warnung wider den Mißbrauch hat Dr. Heim wahrscheinlich aus einem Erlebnis Anlaß genommen, das sich in folgender Korrespondenz spiegelt:

Herrn Daumillers Nachfolger

Unter höf. Bezugnahme auf Ihre geschätzte Zuschrift senden wir Ihnen heute zwei Kisten von Fichtelgebirgsstaatsbier. Beide lösen als Verbandsbier 7 M. Wenn Sie ein Mitglied des landwirtsch. Bezirksausschusses oder eines Darlehensklassenvereins als Adressat angeben können, so beträgt die Fracht für 200 Centner 95 Mark, ist dies nicht der Fall, so läuft die Ware zum Specialtarif I und ist der Frachttarif alsdann 182 Mark. Geff. Aufstagserteilung sehen entgegen

Fichtelgebirgs-Verkaufsgenossenschaft
(J. R. Dr. Heim) Steger.

Ansbach, 25. Februar 1904.
Diese Zuschrift übersandte Herr Ludwig Kühle, Chef der Firma R. Daumillers Nachfolger in Kempton, an einen hohen bairischen Beamten mit folgendem Begleitschreiben:

Kempton, 26. Februar 1904.

Euer Hochwohlgeborer!
Dieser Tage trage ich bei der Fichtelgebirgs-Verkaufsgenossenschaft in Ansbach an, wie mir die Genossenschaft Sattdorfer liefern könnte. Heute nun erhalte ich von dieser Stelle Antwort und ich bin über den Inhalt insofern überrascht, als mich diese Genossenschaft direkt auffordert, den Haber statt an meine Adresse an die Adresse eines Bauernvereins oder an ein Mitglied des landw. Bezirksausschusses adressieren zu lassen, um dadurch den billigen Frachttarif zu genießen oder aber, mit anderen Worten gesagt, den Staat um die Frachtdifferenz zwischen 182—95 Mark, das ist 87 Mark zu betrügen. Ich für meine Person kann wenigstens die entsprechende Bemerkung auf inliegenden Postkarte nicht anders deuten, als daß die Genossenschaft in Ansbach, als deren Vertreter Dr. Heim figurirt, durch Angabe einer Decadresse die Bahn um die Frachtdifferenz zwischen Specialtarif I und III zu betrügen versucht. Nicht genug, daß die Genossenschaft vom Staat durch Geld und alle möglichen Einrichtungen unterstützt werden, scheuen sich dieselben Genossenschaften nicht, den Staat bei Verwendung ihrer Produkte um beinahe die Hälfte der Fracht zu hintergehen. Ich weiß zwar nicht, ob diese Sache für Sie das Interesse hat, das ich vermute, immerhin kann ich nicht unterlassen, Ihnen diesen Fall zu unterbreiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihre ergebenster
Ludwig Kühle.

Diese Briefe sind Mitgliedern der bairischen Staatsregierung zur Einsichtnahme unterbreitet und — man staune! — mit der Andeutung zurückgegeben worden, daß da nicht leicht etwas zu machen sei. Es heißt, man habe sich nicht getraut, gegen das mächtige Centrum und seinen lauten Anführer Dr. Heim etwas zu unternehmen. Jetzt, da Dr. Heim die geheimen Papiere des Kriegsministers und der Regierung preisgegeben, wird man sich vielleicht eher an die geheimen Papiere des Herrn Dr. Heim wagen.

Soldatenmishandlungen.

In der Unteroffizierskule. Aus Jülich wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Wegen einiger Unteroffiziere der hiesigen Unteroffizierskule wurde das Strafverfahren eingeleitet wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener und zwar von Unteroffizierschülern. Das Kriegsgericht der 15. Division erkannte gegen den Sergeanten Helg wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener auf drei Tage Mittelarrest, gegen den Sergeant Licht wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener auf vier Wochen Mittelarrest, gegen Vicefeldwebel Fricke wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung auf drei Wochen gelinden Arrest. Auf die vom Gerichtsherrn erhobene Berufung fand hier eine Verhandlung des Obergerichts des 8. Armeekorps statt, welche damit endete, daß der Berufung stattgegeben und die Strafen erhöht wurden gegen Sergeant Helg auf 11 Tage Mittelarrest, gegen Sergeant Licht auf vier Wochen fünf Tage Mittelarrest und gegen Vicefeldwebel Fricke auf drei Wochen fünf Tage gelinden Arrest.

Aus Magdeburg wird berichtet: Eine häßliche Kasernenszene wurde in der letzten Sitzung des Kriegsgerichts der 7. Division durch Zufall aufgedeckt. Ein Unteroffizier Vintig der 1. Compagnie des 27. Infanterie-Regiments war vom Standgericht zu vier Wochen Mittelarrest verurteilt worden, weil er auf eine Kugel des Feldwebels Löw, der ihm befohl, „die Schnauze zu halten“, erwidert hatte: „Ich habe keine Schnauze.“ Darin lag die Insubordination! B. legte Berufung ein, gab vor dem Kriegsgericht die Aeußerung an und erklärte, er sei sehr erregt gewesen. Plötzlich sagte er zu größter Ueberraschung des Gerichtshofes: „Ich weiß, daß der Feldwebel mein Vorgesetzter ist, aber vom Standpunkt der Ehre muß ich diesen Mann verachten!“ Auf die verwunderte Frage des Verhandlungsleiters nach dem Grunde erzählt nun der Unteroffizier, daß der Feldwebel sich einmal einer ganz scheußlichen Handlung schuldig gemacht habe: Er habe nämlich einen Buben, der an epileptischen Krämpfen leidet, während eines epileptischen Anfalles roh geschlagen und dann den Kerker mehrmals die Treppen hinauf und herunter gejagt. Ferner habe „dieser Feldwebel“ zu einem älteren Sergeanten mit Bezug auf die — Unteroffiziere gesagt: „Schlagen Sie doch diese K... löcher in die Schnauze!“ Das Kriegsgericht war über diese Charakteristik eines „Vorgesetzten“ wenig erbaut. Allein es gab angesichts dieser Enthüllungen der Berufung P.s statt und setzte die Strafe auf die Hälfte, 14 Tage Mittelarrest, herab. Jetzt wird wohl der Herr Feldwebel an die Reihe kommen.

Der Fall des Sergeanten Wiedfeld in Trier, der als Sergeant des 29. Infanterie-Regiments zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt wurde, zieht weitere Kreise. Seit einigen Tagen finden laut „Barm. Ztg.“ in mehreren Garnisonorten Vernehmungen von Zeugen statt, die bei der 10. und 12. Compagnie des Infanterie-Regiments 29 gedient haben. Man greift zunächst nur auf die Jahrgänge 1901, 1902 und 1903 zurück. Bisher haben die Ermittlungen schon wieder viele hundert Fälle von Mißhandlungen ergeben.

Der Kriegsminister v. Einem wird noch sehr viel zu thun haben, bis er das Versprechen einlöst, daß die Soldatenmishandlungen ganz gewiß aus der Armee ausgerottet werden.

Statistisches Jahrbuch. Der soeben erschienene 25. Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich schließt sich in Form und Inhalt im wesentlichen den früheren Jahrgängen an. Abgesehen von Ergänzungen und Erweiterungen der früher gegebenen Uebersichten sind neu hinzugekommen: Nachweisungen über den Holztertrag der Forsten und Holzungen, die Holzarten des Hochwaldes und dessen Altersklassen, über das Lebensgewicht des Viehbestandes, über Ferkelzucht und Wienenjüde, über Schaumweinergewinnung, über die Hypothekendarlehen, über die Rechtsprechung der Generalgerichte, über die rechnerischen Uebersichten über die Verhältnisse im Reichshaushalt, ferner über die Krankenversicherung in den Knappschaftskassen, über die gesamte Arbeiterversicherung in den Jahren 1885 bis 1902 und über Lebens- und Feuerversicherung. Ganz neu hinzugefügt sind ein Abschnitt über Genossenschaftswesen sowie Nachweisungen über die Heilanstalten und den Zugang der Krankheitsfälle in den allgemeinen Krankenhäusern. Die graphischen Beilagen zeigen in acht schematischen Karten den Ernteertrag der wichtigsten Feldfrüchte im Jahre 1903, eine weitere Beilage den Anteil der häufigsten Todesursachen an der Sterblichkeit in den deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern in den Jahren 1877 bis 1901. So berührt auch die neue Ausgabe des Jahrbuchs seinen alten Ruf als praktisches Nachschlagewerk.

Interessant ist der Abschnitt über den Verbrauch wichtiger Nahrungsmittel. Der Getreideverbrauch ist, wenn man die gesamte zum Verbrauch für menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke verfügbare Menge berücksichtigt, in dem mit dem 30. Juni 1903 beendeten Erntejahre wesentlich größer gewesen als in einem der Vorjahre, eine Folge der guten Ernte. Der Verbrauch an Roggen beträgt 158,3 Ag. auf den Kopf gegen 137,7 i. J. 1901/02 und 149,8 im Durchschnitt der vorausgegangenen 10 Jahre, der Verbrauch von Weizen und Spelz 100,1 Ag. gegen 85,0 i. J. 1901/02 und 89,5 im Durchschnitt vom 1. Juli 1893 bis 30. Juni 1902, der Verbrauch von Gerste 74,5 gegen 72,1 und 69,4 Ag., der von Hafer 124,6 gegen 112,3 und 111,9 Ag. Der Kartoffelverbrauch blieb mit 636,1 Ag. hinter dem des vorausgegangenen Jahres (732,4 Ag.) zurück, übertraf aber noch den zehnjährigen Durchschnitt (595,4 Ag.). — Der Tabakverbrauch hat sich im Jahre 1902 mit 1,6 Ag. auf den Kopf gegenüber dem vorausgegangenen Jahre und dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre nicht geändert. Der Salzverbrauch ist in fast rnausgesetztem Steigen und war im Jahre 1902 mit 18,1 Ag. auf den Kopf größer als in einem der vorausgegangenen Jahre. Im Jahresfünft 1872 bis 1876 hatte er 12,4, im folgenden 13,3, dann 15,1, 15,4, 16,3 und im Jahresfünft 1897 bis 1901 17,7 Ag. betragen. Der Zuckerverbrauch, der im Jahrzehnt 1871/72 bis 1880/81 5,9, im Jahrzehnt 1881/82 bis 1890/91 7,7, im Jahresfünft 1891/92 bis 1895/96 10,6, im Jahresfünft 1896/97 bis 1900/01 11,9 Ag. betragen hatte, ist im Jahresfünft der Jahre 1901/02 und 1902/03 auf 12,05 Ag. gestiegen. Der Einfluß der neuen Zuckergesetzgebung geht aus diesen Zahlen noch nicht hervor.

Husland.

Saren-Schurken.
Wir erhalten aus Jakutsk von einem zuverlässigen Parteigenossen die folgende Darstellung eines empörenden Verbanntentransports. Man sieht mit Schrecken, welchen Schurken Leben und Ehre von Männern und Frauen überliefert wird, die nichts andres gethan als ihr Vaterland besseren Zuständen entgegenzuführen zu wollen. Auf viele Jahre werden die Tüchtigsten der russischen Jugend nach Sibirien verbannt und schon der Transport dorthin ist ein empörenderer Marterweg. Der Brief giebt diese Schilderung:

Am 28. Mai sollte aus dem Alexandrowschen Gefängnis ein Verbanntentransport nach Jakutsk abgehen. Vor dem Abgang erschien der Eskorte-Offizier und verlangte, daß es ihm möglich gemacht werde, die Sachen der Verbannten anzusehen. Die Genossen willigten nicht darauf ein, und als der Offizier es hartnäckig verlangte, verbarrikadierten sich die Gefangenen und der Offizier mußte auf die Ausführung seiner Absicht verzichten.

Der erste Konflikt mit dem Offizier unterwegs fand in Mansurka statt, weil die transportierten Verbannten ihre am Orte lebenden Genossen sehen wollten. Dort wurden die Verbannten geprügelt und gebunden weiter gebracht. Man löste die Stricke, mit denen sie gebunden waren, erst, nachdem einer von den Verbannten, Michael Kurje (der in der Simferopoler Angelegenheit verhaftet worden war), ohnmächtig gefunden wurde. Noch tierischer geschlagen wurden dieselben Verbannten in Tscherschnof; dort wurden einem Genossen schwere Wunden mit Kolben und Bajonetten am Kopfe beigebracht

Jetzt befindet er sich im Krankenhaus in Jankist. Dasselbe wiederholte sich in M-Dobynsk; doch das schlimmste stand noch bevor.

Vom Anfang der Fahrt an bemerkten die Genossen, daß der Offizier großes Interesse für eine Genossin, das Zel. Weinermann hat, jedoch legten sie dem keine Bedeutung bei, weil sie glaubten, sie könnten sich irren. Bis nach Kaschuga kommt man per Wagen, dort setzt man sich in Pausof (so heißen dort kleinere Schiffe) und fährt die Lena entlang bis Jankist. Schimpfwörter, Beleidigungen, die Drohung alle niederzuschleichen, hagelten auf unsre Genossen nieder. Es geschah auch ein Unglück: einer von den Genossen, Schischepotjew (der auch in der Simferopoler Angelegenheit verhaftet worden war), fiel in der Nacht aus dem Pausof und ertrank. Die Genossen verlangten, daß ein Boot herabgelassen werde, um ihn zu suchen, aber der Offizier willigte lange darauf nicht ein und schimpfte, da er annahm, Schischepotjew sei entflohen. Als ein Boot endlich herabgelassen war, fand man nur die Leiche des Ertrunkenen.

Ich sagte schon, daß vom Anbeginn der Fahrt der Offizier der Genossin Weinermann dem Hof machte, sie wies ihn aber stets sehr scharf zurück. Eines schönen Tages schickte er plötzlich zwei Eskortensoldaten, um das Fräulein unter irgend einem Vorwand zu sich kommen zu lassen. Als die Soldaten sie zum Offizier in seinen Pausof gebracht hatten, schickte er sie fort, verschloß die Thür und die Genossin Weinermann blieb mit diesen Schurken unter vier Augen. Nicht nur hatte der Offizier die Thür verschlossen, sondern er befehligte noch die Thürknechte mit einer Peine. Die Genossin Weinermann verlor aber die Geistesgegenwart nicht und trotz seiner wiederholt an sie gerichteten Einladung, sich zu ihm aufs Bett zu legen, stand sie an der Thür und so lange er schimpfte, drohte und von Wut außer sich war, verstand sie es, unmerklich die Thür zu öffnen und hinauszufliehen.

In der Nacht um 3 Uhr hörten die Genossen, die noch nicht schliefen, daß vom Pausof des Offiziers ein Boot herankam mit zwei Soldaten, die dem Unteroffizier das Verlangen überbrachten, das Fräulein Weinermann dem Offizier auszuliefern und mit dem Befehl, die Männer zu prüfen und auf sie zu schießen, wenn sie das Fräulein verteidigen würden, das Fräulein sollte aber, falls es Widerstand leisten würde, gebunden, jedenfalls aber hingebracht werden. Natürlich wurden alle Genossen geweckt und es wurde beschlossen, daß, um Fräulein Weinermann zu nehmen, der Weg über die Leichen ihrer aller führen müsse, und daß in diesem Falle selbst Zel. Weinermann nur tot in die Hände der Soldaten gelangen würde, denn alle Frauen hatten scharfes Gift vorrätig. Zum Glück hatte der Unteroffizier Angst bekommen, er befürchtete, daß er für die Ausführung des Befehls zur Verantwortung gezogen werden könnte, da er nicht das Recht hat, nachts Frauen aus dem Transport abzuholen, umso mehr, als er wußte, zu welchem Zweck der Offizier sie haben wollte. Als die Soldaten dem Offizier die Antwort des Unteroffiziers überbrachten, wurde er ganz wütend und schickte sie noch einmal mit dem kategorischen Verlangen, ihm das Fräulein mitzubringen, aber diesmal lehrten die Soldaten nicht einmal mehr zu ihm zurück.

Der Offizier ergab sich die ganze Zeit dem Trunk und vertraut sogar Gelder, die für die Ernährung der Verbannten bestimmt waren. Endlich kam es so weit, daß selbst seine Untergebenen nach Jankist telegraphierten, man möge ihnen einen andern Offizier schicken. Die Genossen aber schickten dem Minister des Innern ein Telegramm von 114 Worten, in welchem sie verlangten, der Polizeihauptmann des nächsten Bezirks solle sie mit begleiten. Der Polizeihauptmann erschien auch, und solange er mitruhr, war der Offizier ruhig. Als aber sein Bezirk durchgefahren war und er den Pausof verließ, fingen die alten Geschichten von neuem an. Noch in derselben Nacht, als die Pausof bei Matka schied, erschien der Offizier auf dem Pausof unsrer Genossen, versammelte bei der Thür sämtliche Eskortensoldaten, ließ diese gewaltsam öffnen und stürzte zum Zimmer der Frauen, das vom andern durch einen Vorhang getrennt war. Er glaubte, daß alle Männer schlafen. Zum Glück schlief einer der Genossen, Mark Minski (Student der Tomsker Universität) noch nicht — er war noch auf und trank gerade Thee. Als er den zu den Frauen eingedrungenen Offizier sah, sprang er auf und gab auf ihn einen Schuß, mit dem er ihn in die Wange traf und auf der Stelle tötete. Die Soldaten vor der Thür dachten, die Gefangenen meuterten und schossen zweimal auf sie. Die erste Salve verwundete Minski am Ohr, die zweite tötete den Genossen Raum Schay, der sich von seinem Bette erhoben hatte.

R. Schay war ein Handlungsgehilfe aus Wilna. Er arbeitete früher für den Jüdischen Arbeiterbund, später in der Jstra-Organisation für das „Organisationskomitee“, lebte eine Zeitlang in Kiew, wo er unter dem Namen „Michael“ bekannt war, später wurde er mit einem Auftrag nach Kaschuga geschickt, hier wurde er als „Illegaler“ verhaftet und zur Abholung der ihm früher zuerkannten Strafe — 4 Jahre Sibirien für seine Arbeit im Jüdischen Arbeiterbund — nach Jankist transportiert. Genosse Schay wurde in Dnestrow beerdigt. Die dortige Verbanntenkolonie veranstaltete bei der Beerdigung eine Demonstration.

Der Verbanntentransport kam, nachdem alle aufs schwerste körperlich mißhandelt worden sind, am 4. Juli in Jankist an. Zu seinem Empfang kamen wir aus unsren Massen nach der Stadt zusammen, der Empfang gestaltete sich zu einem demonstrativen, es wurden revolutionäre Lieder gesungen und zwei Fahnen wehen über uns, eine schwarze mit der Aufschrift: „Ein ruhmvolles Andenken dem Jovie Matlachow und dem Raum Schay“ und eine rote mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Absolutismus, nieder mit den Cirkularen von Kautskow!“

Oesterreich-Ungarn.

Aus Triest wird der „Frankfurter Zeitung“ vom 11. August gemeldet: Heute wurde beim Spediteur Rascovič, dem Sohn des jüngst verstorbenen Biedergermeisters, wegen der letzten Bomben-affaire eine Handreichung vorgenommen. Die Behörde erhielt Kenntnis von einer dritten Bombe, die sich in der Societa gymnastica befand und auf ein auf der Ausreise befindliches italienisches Schiff gebracht wurde. Wegen die Offiziere zweier italienischer Dampfer ergingen Haftbefehle. In Anwesenheit einer behördlichen Kommission wird von Landherr der Neeres-grund im ersten Kabin des Triester Freisafens abgeführt. Die Polizei nahm drei weitere Verhaftungen in der Bomben-affaire vor.

Frankreich.

Paris, 11. August. Die „Petite République“ setzt eine Petition in Umlauf, welche in ganz Frankreich verbreitet wird. Sie betrifft die Trennung der Kirche vom Staat. Eine kirchliche Petition im gegenteiligen Sinne ist gleichfalls im Umlauf.

Schweden.

Stockholm, 12. August. Das Schiedsgerichtsabkommen zwischen Schweden und Norwegen einerseits und Großbritannien andererseits ist gestern in London unterzeichnet worden.

Rußland.

Der neue Herr von Finnland.

Wenn vielleicht patriotische Finnen geglaubt haben, die That Schaumans würde ihr armes Vaterland vom Joche der Tyrannei befreien, wie der Sage nach der Schwyz Tell die Schweizer befreite, so sehen sie sich jetzt schon bitter enttäuscht. Fürst Obolenski, der Nachfolger Bobriloff's, handelt nicht besser und nicht milder als sein Vorgänger. Die Zahl der Personen, die ohne erkennbaren Grund ins Gefängnis gesteckt oder nach Rußland geführt werden, ist im Steigen begriffen. So wurden in der finnischen Stadt Aegholm der Bürgermeister Snellman, Dr. Krook und ein Herr Halin plötzlich verhaftet und nach Wiborg geführt, ohne daß irgend jemand ahnt, was diese Leute sich haben zu Sünden kommen

*) Matlachow ist ein Verbannter, der vor kurzem in Jankist von den Soldaten erschossen wurde, Kautskow ist der General-Gouverneur von Sibirien.

lassen. In Solo in der Nähe von Drahestad ist der Vorsitzende der Kommunalverwaltung, Jaf Weisel, ein Mann, der durch- aus nicht politisch thätig war, verhaftet worden und nach dem Gefängnis in Weaborg geführt worden. Ihm wird vorgeworfen, er habe „unterirdische“ Litteratur verbreitet und versteht, er sei gegen die Regierung agitatorisch aufgetreten und er habe von dem Attentat auf Bobriloff ge- wußt, ohne es den Behörden zu melden. Die russischen Schergen wollen offenbar um jeden Preis irgend einen Mitschuldigen an dem Attentat haben und da verfallen sie nun auf die sonderbare Idee, daß Schauman dem Vorsitzenden der Kommunal- verwaltung einer 700 Kilometer von Helsingfors entfernten Stadt seinen Plan mitgeteilt habe. — In Helsingfors wurden noch ein Student und ein Zimmermann wegen Verbreitung verbotener Litteratur verhaftet. Der Student soll außerdem gesagt haben: „Obolenski muß auch erschossen werden“.

erner wird durch „Rigans Bureau“ unterm 10. August mit- geteilt, daß der Magister Herman Summerus und der Maschinenkonstrukteur A. Collan, die neulich von Helsingfors nach Petersburg gebracht wurden, nun in der Peter- Paus-Festung interniert sind, wo sich bekanntlich auch der Senator Schauman befindet. —

Türkei.

Konstantinopel, 12. August. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Pforte gab heute in Beantwortung der amerikanischen Forderungen die mündliche Zusicherung, daß Genußung gegeben werden würde. Wiewohl diese mündliche Zusicherung als unzureichend angesehen wird, glaubt man doch, daß sich der Konflikt auf dem Wege der Beilegung im Sinne der Wünsche der Vereinigten Staaten befindet. Entgegen gewissen anderslautenden Nachrichten erklärt die hiesige Gesandtschaft der Vereinigten Staaten, daß die amerikanischen Forderungen in keinem Zusammenhang mit den armenischen Angelegenheiten stehen. —

Amerika.

Buenos Aires, 12. August. Nach einem Gerücht nahmen die Insurgenten von Paraguay die Häfen Humaita, Villipiar und Concepcion und fingen den Dampfer „Villarica“ ab, der den Minister des Innern an Bord hatte, derselbe entkam aber. —

Gewerkchaftliches.

Streikbrecherlohn.

Zu den „nützlichen Elementen“ zu zählen, die ihren Klassen- genossen in den Rücken fallen, ist bei allem Lob, das man von Scharf- machern, Abgeordneten der Rechten und Ministern erfährt, keines- wegs immer beneidenswert. Da muß man sich schon mit nieder- geschlagenen Augen an ehemaligen Arbeitsgenossen vorbeischieben. Nicht, daß man eine Handgreiflichkeit von ihnen zu fürchten hätte, — wie bürgerliche Profschmucks ihrem urteillosen Lesepublikum gern weismachen — aber ein offener Blick aus ehrlichen treuen Augen in solcher Situation, wie that er wohl! Dann wird man von der Polizei transportiert und liegt in den Augen der Vorüber- gehenden überall die stumme Frage: „Was ist wohl das für ein Verbrecher?“ In besonderen Quartieren wird der Streikbrecher abgeschlossen, so daß die „Arbeitswilligen“ in Leberlufen neulich zu skandalisieren anfangen. „Ist denn das hier ein Gefängnis?“ — Solche und noch andre Unannehmlichkeiten muß jeder Arbeitswillige mit in den Kauf nehmen.

Aber dafür ist ihm gewiß der Unternehmer für die geleistete Hilfe um so dankbarer?

Die Erfahrung spricht nicht dafür. Es ist ganz allgemein Usus, daß nach Beilegung der Streiks oder der Aussperrung die „nützlichen Elemente“ schleunigst wieder auf die Straße gesetzt werden. Teil- weise sind sie an sich schwache Arbeiter, die dieses Verwehrtsein ver- anlaßt, die Arbeit da zu suchen, wo andre nicht arbeiten wollen, teils vergessen ihnen nach beendigtem Steit die übrigen Arbeiter ihre Treulosigkeit nicht und verweigern ihnen die kleinen Kamerad- schaftlichen Hilfen, ohne die manchmal der Arbeitsprozeß sich nicht glatt erledigen läßt. Der Unternehmer aber betrachtet alles vom Standpunkte des Profites. Aus dem „nützlichen Element“ während der Streikzeit ist nach dem Streik ein sehr unnützer kostspieliger Kostgänger geworden, dessen man sich bei der ersten besten Gelegen- heit entledigt.

Gern geben das die Unternehmer freilich nicht zu. Da ist es jedenfalls gut, solche Fälle festzunageln, in denen auch von Unter- nehmerseite die Wahrheit des von uns Behaupteten offen zuge- standen wird.

Ein Berliner Wäckermeister entließ vor einiger Zeit einen von ihm bis dahin beschäftigten Streikbrecher. Der Mann war so naiv gewesen zu glauben, daß sein unsolidarisches Verhalten gegen die eignen Kollegen seinem Meister irgend welche Verpflichtungen ihm gegenüber auferlegt hätte. Er fragte deshalb, ob denn das der Dank für die in der Not geleistete Hilfe sei. Mit cynischer Offenheit sagte der Meister: „Da können Sie sehen, wie dumm Sie waren!“

Ja, wie dumm! — Streikbrecher sind immer dumm, wenn sie meinen, das Unternehmertum schulde ihnen Dankbarkeit. Sie sind dumm, wenn sie glauben, sie könnten ihre eigne Lebenslage durch Verdienstdienste heben, während die Klassenlage ihrer Berufsgenossen auf demselben Niveau bleibt oder gar sinkt. Es giebt nur ein Mittel, die eigne Lebenshaltung wirklich aufzubessern, das ist die Mitarbeit an der Hebung der Gesellschaftslehre, der man angehört. Wie eine starke Welle hebt die in die Höhe strebende Klasse auch das einzelne Individuum empor.

Klug ist nur, wer sein Klasseninteresse begriffen hat und soli- darisch für dasselbe einsteht. Dem aus seinem Himmel herab- gestürzten Einzelstreiber konnte passender wirklich nichts zugerufen werden, als das Wort dieses Berliner Wäckermeisters: „Da können Sie sehen, wie dumm Sie waren!“

Berlin und Umgegend.

Streik und Aussperrung der Formner. Von der Streikleitung wird mitgeteilt, daß die Kommission der Streikenden gestern abends mit der Direktion der Firma Schwarztopf verhandelt hat. Nach gegenseitiger Aussprache über einige bisher noch strittige Punkte wurde der Kommission der Bescheid, daß sie sich das Er- gebnis der Verhandlungen am heutigen Sonnabend, vormittags 10 Uhr, abholen möge. Ueber die mit der Aussperrung im Zu- sammenhang stehenden Angelegenheiten wird die heutige Formner- versammlung weitere Beschlüsse fassen.

Zum Glasereistreik erhalten wir von der Streikleitung folgenden Situationsbericht: Ein glänzendes Zeugnis von Solidarität haben die Bauarbeiter sämtlicher Bränden auf dem Bau Maachen, Dranienstraße, Ede Luise-Ufer, abgelegt. Auf diesem Bau führte die Glaserearbeiten die Firma E. Lüders, Köpnickstr. 31, aus, welche ihre zum Tarif der Gesellen gegebene Unterschrift wieder zurückgezogen hat. Leider haben einige Gesellen die nötige Konsequenz aus dem Verhalten der Firma gezogen, sondern weiter- gearbeitet. Der Streikleitung der Glaser war es unmöglich gemacht, sich mit den Arbeitswilligen in Verbindung zu setzen, da dieselben unter scharfer Wachenung in verschlossenen Räumen arbeiteten. Jetzt legte sich die gesamte auf dem Bau beschäftigte Arbeiterkraft ins Mittel und legte am Donnerstagnachmittag einmütig die Arbeit nieder. Die natür- liche Folge davon war, daß die arbeitswilligen Glaser zur größten Genugthuung des angefallenen Publikums den Bau verlassen mußten. Die Bauarbeiter nahmen daraufhin die Arbeit sofort

wieder auf. — Es sind noch einige Bauten, auf welchen die Streik- leitung keinen Einfluß auf die Arbeitswilligen ausüben kann; möchten die dort beschäftigten Bauarbeiter und Handwerker das gute Beispiel ihrer oben genannten Kollegen nachahmen und der end- gültigen Sieg der Glaser würde bedeutend beschleunigt werden. — Wie es übrigens mit den statistischen Erhebungen der Glaserinnung aussieht, geht daraus hervor, daß auf diesem Bau Kutscher, Hans- diener und Lehrling, außerdem noch ein Kleinmeister als Glaser- gesellen beschäftigt waren; höchst wahrscheinlich sind auch diese in dem Innungsbericht unter den 178 zu alten Bedingungen arbeitenden Glasergefellen registriert. Daß auch die Angaben der Innung betreffs der zu neuen Bedingungen Arbeitenden (92 nach dem Innungsbericht) nicht stimmen, hat seinen Grund darin, daß ein Teil der bewilligten Firmen die Fragebogen der Innung entweder gar nicht ausgefüllt hat oder daß dieselben zum Teil falsche Angaben gemacht haben. Die Firmen, welche bewilligten, haben schon die Streikleitung ersucht, ihre Namen geheim zu halten, werden sich demgemäß auch hüten, der Innung nun selbst die richtigen Angaben zu machen, jedenfalls hält die Streikleitung ihre Angaben voll und ganz aufrecht. — Von Berliner Kleinmeistern arbeiten bis jetzt bei Großfirmen als Ausfühlgelassen die Herren: Bohlan, Habeneßtr. 4; Zahl, Brüderstr. 45; Nicolay, Pflugstr. 15; Petereit, Wilowstr. 45; Pfefferkorn, Wemelerstr. 8, und Stampehl, Brunnenstr. 110. Die Arbeiter- schaft der betreffenden Stadtteile wird das Verhalten dieser Herren entsprechend zu würdigen wissen.

Gasmesser-Klempner werden nach wie vor durch Inserat in der „Volks-Zeitung“ für die Firma H. Kron in Charlottenburg gesucht. Die Klempner dieser Firma sind, wie bekannt, ausgesperrt und ist deswegen dem Streikbrechergesuch keine Folge zu geben.

Der Streik bei Orenstein u. Koppel in Spandan scheint für die Firma recht erhebliche Schädigungen im Gefolge zu haben. Sie macht geradezu verzweifelte Anstrengungen, Arbeitswillige heranzuziehen. So hatte sie sich unter andern auch an den Central- Arbeitsnachweis in der Gormannstraße mit dem Ersuchen gewandt, alle verfügbaren gelernten und ungelerten Arbeiter für sie an- zuwerben. Natürlich wurde den Streikenden hiervon Mitteilung gemacht, und die Folge war, daß, als gestern der Herr Betriebschef mit einem Schreiber auf dem Nachweis erschien, um etwaige Arbeits- willige abzuholen, niemand zu Streikbrecherdiensten geneigt war. Die Herren gingen hierauf nach dem Arbeitsnachweis der Metall- industriellen in der Gartenstraße, aber auch hier belamen sie trotz aller Versprechungen nur ein arbeitsloses Individuum mit. Ihre Bemühungen, Arbeitslose zu gewinnen, wurden von der Solidarität der Metallarbeiter durchkreuzt, die die Arbeitsuchenden rechtzeitig von dem Stande der Dinge in Spandan unterrichtet. Hierbei wurde gestern noch ein Metallarbeiter polizeilich festgesetzt; er sollte den einen Arbeitswilligen, den die Vertreter der Firma Orenstein u. Koppel glücklich für sich gewonnen hatten, belästigt haben. Auch auf sämt- lichen Fern-Bahnhöfen Berlins sind Bureau-Angestellte der Firma postiert, ankommende Arbeitslose für den betrieblen Betrieb an- zuwerben. Von Sittierungen dieser Herren ist bisher noch nichts bekannt geworden. Dieselben kennen offenbar das den Arbeitern noch immer verborgene Geheimnis, wie man Streikposten stellen kann, ohne sich gegen irgend eine Straßenpolizei-Verordnung zu vergehen. — Wenn nun auch trotzdem in Berlin selbst die Be- mühungen der Firma so gut wie nutzlos sind, so verlaute doch, daß es ihr geglückt ist, von auswärts ca. 70—80 Arbeitswillige in den Betrieb hineinzubringen.

Deutsches Reich.

Ein Streik der Maurer und Bauarbeiter tobt schon seit vielen Wochen in Anklam. Es handelt sich um eine Lohnforderung, die die Maurer stellen, die aber von den Unternehmern nicht bewilligt wurde. Am Orte selbst und in der Umgegend sowie im übrigen Reich ist es trotz vieler Mühe den Unternehmern nicht gelungen, Streikbrecher zu bekommen. Es bleibt einigen Berliner Accord- und Lohnmaurern (!) sowie etlichen Steinträgern überlassen, für die Anklamer Unternehmer den Hausreißer zu machen. Für Elemente dieser Art können allerdings die Organisationen der Berliner Maurer und Bauhilfsarbeiter nicht verantwortlich gemacht werden. Es bleibt aber trotzdem ein Schandfleck in der Arbeiterbewegung, wenn bei einer so günstigen Arbeitsgelegenheit, wie sie jetzt in Berlin zu verzeichnen ist, solche Brüder sich zu Streikbrechern nach außer- halb hergeben.

Daß sich diese „Auch-Kollegen“ in Anklam ziemlich wohl fühlen, geht aus dem Umstand hervor, daß sie am letzten Sonnabend im Stadt-Theater zu Anklam ein Vergnügen abgehalten haben, zu welchem die Unternehmer und sonstige Interessenten geladen waren. Allerdings haben sie bei diesem Vergnügen wieder ihren wahren Charakter gezeigt, denn es kam zu einer regelrechten Pauerei mit Gebrauch des Messers. Ein Teilnehmer soll nicht weniger als acht Messerstücke erhalten haben. Ein andrer wieder ist mit circa 80 M., die er seinen Mitarbeitern als Lohn auszahlen sollte, durchgebrannt. Diese „nützlichen Elemente“ werden schon den Staat retten!

Die Aussperrung im Raingebiet beendet?

Frankfurt a. M., 12. August. Nach mehrtägigen Verhandlungen ist heute mittag zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter des Baugewerbes eine Einigung erzielt worden.

Wahrung, Formner! Bei der Firma Waggon- und Maschinenfabrik A. G. vorm. Busch in Waizen wurden sämtliche Formner ausgesperrt, weil sie sich einen 25prozentigen Lohnabzug nicht gefallen lassen wollten. Die Formner sind gut organisiert und die meisten verheiratet. Die Formner durften ihre angefangene Arbeit nicht fertigstellen, sondern mußten die Werkerei sofort verlassen. Eine Kommission wurde abschlägig beschieden, als sie wegen des Abzuges verhandeln wollte. Bezug von Formnern nach Waizen ist streng fernzuhalten. — Arbeiterfreundliche Blätter werden im Abdruck gebeten.

Zum Drechslerstreik in Leipzig wird gemeldet, daß zu den neuen Bedingungen 25 Drechsler in 4 Betrieben arbeiten, 44 Drechsler sind noch ausständig. Die Situation ist günstig.

In den Eisbandsteinbrüchen der Alten Post, Post, Zeichen, Struppen, Liebethaler Grund und Herrenleithe sind die Steinarbeiter vom Verband der Bruch- besitzer ausgesperrt. Die Aussperrung erfolgte, weil die Arbeiter in mehreren Brüchen Forderungen gestellt haben und zur Er- reichung derselben in eine Bewegung getreten sind.

Die Freilassung der Genossen Hecht und Schiller in Crim- mitschau soll gegen eine Kaution von 20 000 M. erfolgen.

Eine Einigung im Bremer Baugewerbe gescheitert! Auf Ver- anlassung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts fand am Donnerstag- nachmittag zwischen Vertretern der Ausständigen und der Unter- nehmer eine Konferenz zwecks eventueller Beilegung des Kampfes statt. Die Unternehmer verharteten auf ihrem krasen Standpunkt, lehnten alle Forderungen ab und erklärten, bis zum 1. April 1906 keine Lohnserhöhung bewilligen zu wollen. Ueber die Ausfühnten nach dem als Ultimatum festgesetzten Datum verlaute nichts. Die scharfmacherischen Arbeitsbestimmungen sollten im wesentlichen bestehen bleiben. Daß sich die Arbeiter unter diesen Umständen auch auf nichts einlassen konnten, versteht sich am Rande. Die Ausständigen würdigen diesen Standpunkt des Unternehmers als das was er in Wirklichkeit ist: eine erneute Anschauung des Kampfes.

Koch ist der Kampfesmut der Ausständigen ungebrochen, trotz der zehn Wochen erbitterten Kampfes. Die Arbeiter nehmen den Festbehauptung von neuem auf und werden den Kampf durchsetzen zum endlichen Siege. Von Arbeitswilligen ist am Orte noch nicht die Rede. Täglich reifen mehr Verurteilten aus dem Streikgebiet ab, so daß die ganze Situation sich für die Ausständigen andauernd günstig erhält und gute Aussichten für die Zukunft eröffnet.

Achtung, Bauarbeiter aller Branchen!

Seit nahezu 20 Wochen sehen in den drei Untertages-Orten Bremerhaven, Lesse, Geestemünde die Bauhandwerker im Abwehrstreik.

Sie kämpfen gegen die Anerkennung eines obligatorischen Arbeitsnachweises für das Baugewerbe, der von dem Arbeitgeberverband zu dem Zweck eingerichtet ist, die Organisationen der Arbeiter sämtlicher Bauberufe zu zerstören.

Auf diesem Nachweis erhält nur derjenige Arbeiter, der sein Verbandsbuch abgibt und sich schriftlich verpflichtet, keiner gewerkschaftlichen Organisation anzugehören.

Die Arbeitgeber machen die größten Anstrengungen, aus allen Gegenden Arbeitswillige nach hier zu locken. Hier angekommen, werden diese in elender Baracken untergebracht und wie Gefangene bewacht. Jeder Arbeiter hütet sich, Verträge mit den Unternehmern oder Agenten abzuschließen, da sie dadurch schwer geschädigt werden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Streikleitung der Maurer, Zimmerer, Tischler, Klempner und Bauarbeiter an den Untertages-Orten.

Ausland.

Über die Vorgänge in Brüg meldet das Wolffsche Telegraphen-Bureau unter dem 12. August: In einer gestern abend hier stattgefundenen Versammlung von etwa 1500 Bergarbeitern wurde beschlossen, die Beschlußfassung über die Frage, ob man in den Auslands treiben sollte, auf Sonntag zu vertagen. Nach Schluß der Versammlung wollte die Teilnehmer unter Jöhlen und Singen vor das Stevierbergamt ziehen, wurden aber unterwegs von der Polizei gestreut. Im Verlaufe der Kundgebung wurden mehrere Fenster- und Laternen Scheiben eingeschlagen. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. — In Bruch wird auf allen Werken gefeiert. Zwei Compagnien Militär sind dort eingetroffen.

Die Streikbewegung der südschwedischen Landarbeiter entwickelt sich immer weiter und pflanzt sich fort von Hof zu Hof. Von den schwedischen Industrie-Arbeitern wird gegenwärtig für die im Lohnkämpfe stehenden Landarbeiter gesammelt; als erstes Ergebnis der Sammlung wurden bereits 2000 Kronen an die Streikliste abgeliefert.

Achtung, Maurer!

Die gestrige Generalversammlung des Maurer-Verbandes hat beschlossen, über den Bau des Unternehmers Kuthe am Nonnen-damm, woselbst ca. 200 Maurer die Arbeit niedergelegt haben, die Sperre zu verhängen. Der Vorstand erhielt gleichzeitig Vollmacht, wenn nötig auch sämtliche übrigen Bauten des Unternehmers Kuthe zu sperren.

Soziales.

Kapitalismus, Landes-Versicherungsanstalten und Baugenossenschaften.

In der letzten Nummer der „Socialen Praxis“ ist zu lesen:

Die Beschaffung der zweifelhafte Hypotheken für gemeinnützige Bauten, die bisher oft unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnete und allgemein wohl nur durch Errichtung gemeinnütziger öffentlicher Wohnungsbanken zu ermöglichen sein dürfte (vergleiche „Sociala Praxis“ XIII Sp. 1065), kann, wenn die Landes-Versicherungsanstalten ihre Aufgaben richtig verstehen, auch in geeigneten Fällen mit ihrer Hilfe unschwer erfolgen, wie das Vorgehen der Berliner Anstalt zeigt. Ihr Leiter, Dr. Freund, hatte bereits im Jahre 1901 („Sociala Praxis“ X Sp. 977) die Forderung aufgestellt, daß die Landes-Versicherungsanstalten den Bau von Arbeiterwohnungen durch Garantieübernahme für Kapital und Zinsen der zweiten Hypothek unterstützen sollten. Namentlich hat die Berliner Anstalt mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts eine derartige Garantieübernahme für die zweite Hypothek auf das Gewerkschaftsbaus der Hirsch-Dunderschen Organisation beschlossen, so daß das Geld für diese vollkommen sichere Bauschuld zum Zinsfuße der ersten Hypothek jetzt leicht aufzubringen ist. Die Versicherungsanstalt erhält als Gegenleistung eine Jahresprämie von 1/2 Proz., die in einen besonderen Garantiefonds fließt.

Dieses scheinbar gemeinnützige Verfahren ist in Wirklichkeit ganz das Gegenteil davon. Es soll, wie wir erfahren, auch den Baugenossenschaften gegenüber angewendet werden und bedeutet deren Auslieferung an das Privatkapital. Nicht den Genossenschaften, sondern dem Kapital wird ein Dienst erwiesen durch dieses Verfahren. Bisher gaben die Landes-Versicherungsanstalten für Baugenossenschaften und sonstige gemeinnützige Bauzwecke die erste Hypothek. Nach dem neuen Plan sollen sie das nicht mehr thun, sondern die Hergabe von Hypotheken dem Privatkapital überlassen, dafür aber für die zweite Hypothek, die allerdings bisher schwerer zu beschaffen war, die Garantie übernehmen. Unter dem Deckmantel, den Genossenschaften die Beschaffung der erforderlichen Kapitalien zu erleichtern, wird so dem Privatkapital die Anlegemöglichkeit erleichtert, indem ihm die sichere erste Hypothek überlassen und die zweite sichergestellt wird.

Die Baugenossenschaften werden damit wie gesagt dem Privatkapital angeliefert. Dieses kann den Genossenschaften keine Bedingungen stellen und es wird sich so stellen, daß dabei die Interessen des Kapitals ganz allein berücksichtigt werden. Es wird sich sichern, auf daß nicht das genossenschaftliche Bauwesen der Junst der Grund- und Bodenwucherer gefährlich werde. Die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses wird wieder gänzlich dem Privatkapital überlassen.

Für den Bau von Arbeiterwohnungen allein hatten die Träger der Invalidenversicherung bis Ende vorigen Jahres 118 1/2 Millionen Mark hergegeben. Dazu kommen noch eine Anzahl Millionen für sonstige gemeinnützige Bauzwecke. Es handelt sich also um ganz erhebliche Summen. Dazu kommt, daß das Baugenossenschaftswesen im Aufblühen ist und daß durch Stärkung des sozialen Geistes in der Verwaltung der Landes-Versicherungsanstalten noch ganz erheblich viel größere Summen, die jetzt in staatlichen Anleihen untergebracht sind, für diese gemeinnützigen Zwecke flüssig gemacht werden könnten. Dem würde, wenn das neue Verfahren allgemein wird, ein für allemal ein Ende gemacht und die Millionen, die zur Hälfte von den Arbeitern aufgebracht werden, kommen, anstatt dem Wohle der Arbeiter zu dienen, dem staatlichen Anleihebedürfnis zu gute.

Wir halten es für unsere Pflicht, auf die Konsequenzen dieses Planes aufmerksam zu machen, damit seine Weiterverfolgung möglichst verhindert werde.

Die Leistungsfähigkeit des Arztes.

Zu der Frage, wieviel Kassenmitglieder ein Arzt mit ärztlicher Hilfe versorgen kann, werden uns aus Königsberg i. Ostpr. einige beachtenswerte Mitteilungen gemacht. Dort bestehen neben der Gemeinsamen Ortskrankenkasse mit ca. 17 000 Mitgliedern noch 19 Ortskrankenkassen und Kassen für einzelne Berufe mit gegen 9000 Mitgliedern und 40 Betriebskrankenkassen mit ca. 7000 Mitgliedern. Der Gemeinsamen, die freie Arztwahl am 1. Januar d. J. abschaffen wollte, haben die Ärzte sie auf weitere drei Jahre aufgeschoben. Die übrigen Kassen haben, mit wenigen Ausnahmen, festangestellte Ärzte. Da die meisten bei den einzelnen kleinen Kassen festangestellten Ärzte auch auf der Liste für freie Arztwahl bei der Gemeinsamen stehen, hat sich ergeben, daß einzelne Ärzte eine recht umfangreiche Kassenpraxis zu betreiben vermögen. So participiert ein Arzt unter 99 nach der Honorarverteilung allein mit 7,50 Proz. an der Praxis bei der Gemeinsamen Kasse, es ent-

fallen also ca. 1265 Mitglieder mit Angehörigen auf ihn. Ein anderer Arzt war mit 2,58 Proz. an der Praxis bei der Gemeinsamen beteiligt, es kamen also ca. 435 Mitglieder dieser Kasse auf ihn. Zudem war er aber noch Kassenarzt bei 4 andern Kassen, wo insgesamt 1146 Mitglieder auf ihn angewiesen waren. Der Herr genügte also zur Behandlung von 1531 Mitgliedern nebst Familienangehörigen. Auf einen weiteren Arzt entfielen 1035 Mitglieder von der Gemeinsamen und 952 von drei andern Kassen, bei denen er fest angestellter Kassenarzt war, 1192 Mitglieder. Sämtliche in Frage kommende Kassen genühten auch freie ärztliche Behandlung für Familienangehörige der Mitglieder. Zudem standen die angeführten Ärzte noch auf den Arztlisten zur freien Arztwahl bei 3 kleinen Ortskrankenkassen und 6 Betriebskrankenkassen mit zusammen 2754 Mitgliedern, auch trieben sie noch Privatpraxis. Die Ortskrankenkasse Leipzig hatte ferner 1000 Mitglieder, die neben mehreren ärztlichen Beratungsstellen etwa je 2000 Mitglieder auf einen Distriktsarzt kamen, und zwar ohne Familienbehandlung. Trotzdem wurde ihr mit der Begründung, sie hätte nicht genug Ärzte angestellt, die freie Arztwahl aufgeschoben.

Mit dieser für die Kassen überaus wichtigen Frage wird sich auch der Ortskrankentag in München beschäftigen. Es liegt ihm bereits ein Antrag vor, die Kassen zur Sammlung von Material über die Anlegenheit zu veranlassen.

Der Kassenstreik in Leipzig.

Der Aktionsausschuß für Ärztefragen (das ist die freigestellte Kommission der Kassenmitglieder zur Wahrung der Kasseninteressen gegenüber den Ärzten) giebt in der „Leipziger Volkszeitung“ eine ausführliche Darstellung der gegenwärtigen Sachlage. Wir erfahrene daraus zunächst näheres über den Inhalt des Sonderabkommens mit der Kreishauptmannschaft, das die bisherigen Distriktsärzte auf Anraten des Aktionsausschusses angenommen haben. Das Angebot des neuen Abkommens ist offensichtlich eine Frucht der Gründung des Sanitätsvereins, durch welche die Hoffnung der Verbandärzte auf Wiedereinführung der Familienbehandlung auf längere Zeit geschwunden ist. Es wird nun den bisherigen Distriktsärzten in dem neuen Abkommen zunächst ihr festes Gehalt garantiert. Die Distriktsärzte verzichten auf die Eigenschaft als Distriktsärzte. Jedoch lebt der alte Distriktsarzt-Vertrag von selbst wieder auf, falls die Einrichtung der freien Arztwahl aufgehoben wird. Geschieht das nicht, dann gelten die Distriktsärzte ohne weiteres als zur freien Arztwahl zugelassene Ärzte, sobald der alte Distriktsarzt-Vertrag durch normalen Zeitablauf aufgehört hat. Die Ärzte müssen sich jedoch, so lange die Kasse die Familienbehandlung nicht wieder einführt, auf ihr festes Gehalt alles anrechnen lassen, was sie aus der Behandlung der Familienangehörigen beziehen, so weit es auch nach ihrem alten Vertrage anrechenbar war.

Mit kurzen Worten heißt das, das Einkommen der bisherigen Distriktsärzte aus der Familienbehandlung durch Vermittlung des Sanitätsvereins soll in das Pauschale hineinkommen und damit den Freigewählten zu gute kommen.

Insofern die Distriktsärzte von diesem Vertrage berührt werden, ist ihre Position durch das neue Abkommen gesichert. Für den Aktionsausschuß bleibt nun übrig, Maßregeln zu ergreifen, um auch unter dem neu geschaffenen Zustande den Kampf um Befreiung der Kasse und das Selbstbestimmungsrecht der Versicherten schwer beeinträchtigenden retrograden freien Arztwahl führen zu können. Es wird, da das Statut des Sanitätsvereins dies gestattet, dafür sorgen, daß jede Verbindung des Vereins mit den Ärzten aufhört. Man wird es den Mitgliedern dieses Vereins überlassen, sich als Privatpraktiker behandeln zu lassen und wird ihnen dann das Arzthonorar ergehen. Dann liegt nicht mehr Behandlung von Familienangehörigen der Ortskassenmitglieder sondern einfache Privatpraxis vor, die den Ärzten ohne weiteres gestattet ist. Von einer Erhöhung der Pauschale der Freigewählten durch das Honorar des Sanitätsvereins ist dann nicht mehr die Rede. Es ist dies das Mittel, den Freigewählten den Segen dieses Systems möglichst handgreiflich zu machen. Während die Gesamtsomme des ärztlichen Honorars früher 600 000 M. betrug, beträgt sie jetzt zwar 700 000 M., da aber hiervon die festen Gehälter und die Bezüge der Verwaltungsanstalten mit 450 000 M. abgehen, bleiben den Freigewählten nur noch 250 000 M. Dies ist der Punkt, an dem den Ärzten fühlbar wird, daß sie den Kassen nicht ein System aufzwingen können, das diese nicht wollen. Daran wird es klar, weshalb den bisherigen Distriktsärzten das neue Abkommen angeboten wurde und weshalb der Aktionsausschuß verhindern muß und wird, daß es in dem Punkte praktische Wirkung läßt, auf den es den Freigewählten ankommt, nämlich Eringung des Honorars für Familienbehandlung.

Über die rechtliche Bedeutung von Tarifverträgen

Fällte das Gewerbegericht München ein interessantes Urteil, das schon um deswillen allgemeine Beachtung verdient, als seither in der Rechtsprechung der Gewerbegerichts Deutschlands der Tarifvertrag eine verschiedenartige Beurteilung gefunden hat. Während das Gewerbegericht Berlin in einem Urteil (abgedr. „Gewerbebericht“ II. Jahrg. S. 14) die Ansicht vertritt, daß der Tarifvertrag lediglich eine Offerte der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer sei, auf Grundlage der darin ausgenommenen Bestimmungen fernerhin Arbeitsverträge schließen zu wollen, ist in einem Urteile des Gewerbegerichts Stuttgart (s. „Gewerbebericht“ I. Jahrg. S. 36) angeführt, daß der Tarifvertrag nicht in dem Sinne bindend sei, daß das Gericht anderweitige Abmachungen einfach ignorieren dürfte. . . . daß der Tarif nur so lange angewendet werden muß, als nicht klar und deutlich seine Geltung ausgeschlossen ist.“ Endlich hat in einem Urteil des 3. Strafsenats des Reichsgerichts vom 30. April d. J. — das innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung allgemeines Kopfschütteln erregte — die Tarifverträge als Vereinigungen und Beziehungen (Koalitionen) im Sinne der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung angesehen. Das Münchener Gewerbegericht konnte sich keiner dieser Auffassungen anschließen. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß ein Tarifvertrag kein „Arbeitsvertrag“ sei, weil durch Abschluß desselben weder ein Arbeitgeber zur Zahlung von Lohn, noch ein Arbeiter zur Leistung von Arbeit verpflichtet werde. (Vgl. Lotmar I. c. S. 94.) Der Tarifvertrag sei aber auch kein „Vertragsvertrag“, weil durch denselben die Schließung eines bestimmten Vertrags von keiner Seite angetragen wird. (V. G. S. 145.) Sogar die Auffassung des Tarifvertrags als Vorvertrag zu Arbeitsverträgen überhaupt sei unrichtig, weil in der Hauptsache und in der Regel zwischen den beiden Kontrahenten nicht Verträge über den Abschluß künftiger Arbeitsverträge abgeschlossen werden, sondern lediglich darüber eine Verpflichtung festgelegt wird, wie, aber nicht, daß Arbeitsverträge abgeschlossen werden sollen. Die transitorischen Bestimmungen in einem Tarifvertrag, daß nach einem Streit oder Sperre gewisse Persönlichkeiten wieder in Arbeit genommen, oder daß die Sperre über gewisse Betriebe wieder aufgehoben wird, sind lediglich nebensächlicher und unwesentlicher Natur. Was endlich die in dem angeführten Urteil des Reichsgerichts zum Ausdruck gebrachte Begriffsbestimmung des Tarifvertrags als „Vereinigung“ und „Verabredung“ im Sinne der §§ 152 und 153 der G. O. anlangt, so ist diese Auffassung unzutreffend, weil man einerseits unter Koalitionen Vereinigungen von Arbeitern oder Arbeitgebern versteht (vgl. Soc. Prax. 1903 S. 1050), andererseits die Tarifgemeinschaft nicht immer die Erlangung, sondern

nur die Festlegung gewisser Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeutet. Auch sind die in einem Tarifvertrag vereinbarten Lohnbedingungen für die Tarifgemeinschaft keine günstigen im Sinne der G. O., sondern günstig können sie immer nur für die eine oder andere Partei sein. (Soc. Prax. 1904 S. 1070.) Was die materielle Seite der Tarifverträge anbelangt, so stellte das Münchener Gericht fest, daß die Arbeitgeberpartei die Lohnsätze im Tarifvertrage zustimmen würde, wenn sie nicht für das gesamte Gewerbe gleich festgelegt würden. Bei den diesbezüglichen Verhandlungen vor dem Einigungsamt wird immer ausdrücklich erwähnt, daß man durch den Tarif die sogenannten Schmutzkonkurrenz, die sich in der Ausbeutung jugendlicher, dann schlecht entlohnter und ungeschulter Arbeiter halten kann und die infolge der geringen Produktionskosten die Preise unverhältnismäßig drückt, erschweren und unmöglich machen will. Aus diesen Gründen hat das Gewerbegericht München einen Bädermeister, der einem Arbeiter einen geringeren Lohn bezahlte, als im Bädertarif festgelegt, zur Zahlung der Differenz von 35 M. kostenpflichtig verurteilt.

Dürre und Arbeiterstatistik.

Der anhaltende Wassermangel hat an einer Stelle Einfluß ausgeübt, an die schwerlich jemand gedacht hat: er hat die Arbeiterstatistik aufs Trockene gesetzt. Bekanntlich sollte in diesem Jahre eine statistische Erhebung über die tägliche Arbeitszeit der in der Binnen-schiffahrt beschäftigten Personen stattfinden. Der Fragebogen ist bereits aufgestellt und sowohl der Hafenarbeiter-Verband, als auch Arbeitgeber-Vereine haben Tagebücher ausgegeben, damit zuverlässige Unterlagen zur Fragebeantwortung geschaffen werden. Unter den Fragen befindet sich auch eine über die Dauer der Unterbrechung durch Wassermangel oder Hochwasser. Während diese Unterbrechungen in normalen Zeiten nur einige Tage dauern und dann Ruhezeiten für das Personal bilden, stößt in diesem Jahre in weiten Gebieten die Binnen-schiffahrt völlig, und das hat zur Entlassung des Personals geführt. Sollte man auf Grund der in diesem Jahre geführten Tagebücher eine Statistik aufnehmen, dann würde man ein sehr falsches Bild erhalten, da gerade die Zeit mit den längsten Tagen ausfällt. Es ist deshalb von dem statistischen Amt der Vorschlag gemacht worden und hat die Zustimmung der beteiligten Regierungen gefunden, die Erhebungen um ein Jahr zu verschieben, damit die Erhebungen auf Material aufgebaut werden können, das in einem normalen Jahre gesammelt ist. Im laufenden Jahre gesammeltes Material würde auf jeden Fall sehr viel angegriffen werden. Würden unverhältnismäßig lange Arbeitszeiten in der Herbstperiode festgestellt, dann würden die Unternehmer sagen, daß das abnorm sei, weil die Schifffahrt so lange still gelegen hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Truppentransport nach Südwestafrika.

Hamburg, 12. August. (B. H.) Mit der „Silvia“ geht am 20. d. M. der nächste Truppentransport nach Südwestafrika ab. Zugleich werden eine Menge Munitions- und Proviant-Fahrzeuge nach Swakopmund befördert.

Grubenunglück.

Leoben, 12. August. (B. H.) Im Bergwerk der Alpinen Montan-Gesellschaft in Seegraben fand eine Explosion schlagender Wetter statt. Der Direktor und zwei Bergleute wurden tödlich, zwei weitere Personen leicht verletzt.

Stockholm, 12. August. (B. L. W.) Das zum Küstengeschwader gehörige Panzerschiff „Thor“ stieß gestern nachmittags bei Soedra Ljusteroe dicht an der Küste auf Grund. Bis heute mittag war das Schiff noch nicht losgelassen.

Paris, 12. August. (B. H.) In Toulon dauert der Ausstand der Arbeiter der Nahrungsmittelbranche fort. Die Bevölkerung leidet erheblich unter den Folgen des Streiks. Die Rollkutschler und Kommissionäre haben gleichfalls die Arbeit eingestellt.

Englisches Unterhaus.

London, 12. August. (B. L. W.) Im Laufe der Besprechung des Budgets für Ostindien erklärt der Staatssekretär für Indien Brodrick: General Ritcher hat einen Plan für die Reorganisation des Mobilisations-systems und der Ausrüstung des indischen Heeres ausgearbeitet, den die indische Regierung gegenwärtig erwägt. Was die Tibetmission betrifft, hält die Regierung an der in der Depesche vom 6. November 1903 enthaltenen Politik fest. Wir haben Bhasa mit der aufrichtigen Absicht erreicht, die Stadt zu verlassen, sobald ein Abkommen getroffen ist; und die Expedition wird nicht dort bleiben, ausgenommen während eines Zeitraumes, währenddessen nach militärischem Urteil eine Zurückziehung der Truppen gefährlich sein würde. Es ist schwierig, die Frage der Bedingungen zu erörtern; es muß aber eine Entschädigung irgend einer Art für verschiedene Vorurteile geben. Wir müssen hinsichtlich der Frage der Bedingungen das Haus aufordern, uns zu vertrauen. Wir sind nicht in Bhasa zum Zwecke einer dauernden Besetzung oder Einrichtung eines Protektorates. Wir beabsichtigen auch nicht, dort einen Residenten einzusetzen; wir sind aber entschlossen, den britischen Namen geachtet zu machen und solche Vereinbarungen zu treffen, die unsere Selbstachtung fördern. Unsere Position haben wir der russischen Regierung vollständig auseinandergesetzt und von ihr befriedigende Versicherungen erlangt. Auf Grund dieser Versicherungen hoffe ich aufrichtig, daß wir im Stande sein werden, mit den Tibetern ein Abkommen zu treffen, das die Notwendigkeit einer weiteren Intervention unsrerseits ausschließt und den Feindseligkeiten ein Ende macht. Betreffend Afghanistan erklärt Brodrick, daß keine neuen Vereinbarungen mit dem jetzigen Emir hinsichtlich einer Subvention getroffen worden seien.

Das Haus nahm die dritte Lesung der Bill betreffend das englisch-französische Abkommen an. Im Laufe der Beratung wünschte Bowles, daß die Regierung die Annahme der Vorlage verzögere, weil die französische Kammer die Konvention noch nicht angenommen habe und weil die französische Regierung beabsichtige, die Konvention abzuändern. Balfour erklärte die Behauptung Bowles für unbegründet; die französische Regierung habe nicht im geringsten den Wunsch, eine Abänderung der Konvention anzuregen. Redner forderte alsdann Bowles auf, seinen Protest zurückzuziehen und der Regierung zu gestatten, das zu tun, was Frankreich zugehen werde, daß die Angelegenheit von der englischen Regierung in generösem Sinne behandelt werde. Bowles drückte alsdann seine Zufriedenheit mit den Versicherungen Balfours aus und zog seinen Protest zurück. Die Vorlage wurde sodann unter dem Beifall des Hauses angenommen.

Ausammlung englischer Kriegsschiffe vor den Dardanellen.

Konstantinopel, 12. August. (B. H.) Hier fällt die enorme Ausammlung englischer Kriegsschiffe vor den Dardanellen auf. Auf der Linie bis nach Alexandria sind 67 Schiffe angesammelt.

Washington, 12. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Beamte des Staatsdepartements geben ihrer Befürchtung Ausdruck, daß die Angriffe auf den russischen Torpedobootzerstörer „Reshiteln“ eine Verletzung der chinesischen Neutralität darstelle, welche China als Bundesgenossen Japans in den Krieg verwickeln könne. Unzweifelhaft thun die Vereinigten Staaten ihr Bestes, um mit andern Mächten eine Regelung herbeizuführen, durch welche das Abkommen, die Kriegsoperationen auf die Mandchurien und Korea zu beschränken, in vollem Umfange aufrecht erhalten wird.

Der Parteitag von Lille.

Lille, 10. August. (Fig. Ver.)

Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender: Groussier, Bericht: Wyrens und Damin.

Bericht der Kammerfraktion.

Der gedruckte vorliegende Bericht enthält die Entwürfe und Bestimmungen der Fraktion. Ein mündlicher Bericht wird nicht erstattet.

In der Debatte hierüber fragt zunächst Ghesquiere-Lille an, warum die Fraktion der Abstimmung enthalten hat in der Interpellation über den von der Zeitung „Matin“ veranstalteten militärischen Wettmarsch, dem mehrere Soldaten zum Opfer gefallen sind.

Abg. Defory: Wir haben die nationalistische Resolution nicht votieren wollen.

Abg. Bailliant: Der Kriegsminister hat versprochen, keine derartigen Wettmärsche mehr zu gestatten. Das hat uns veranlaßt, uns der Stimme zu enthalten.

Korange-Paris: Die Fraktion hat Furcht, ihre Stimmzettel mit den nationalistischen Stimmzetteln zu vermengen. Das ist dieselbe Taktik wie die der ministeriellen Sozialisten. Ueberhaupt unterscheiden sich die Haltung und die Abstimmungen unserer Fraktion von denjenigen der ministeriellen nicht scharf genug. Die Genossen im Lande verstehen das nicht.

Defory: Wir haben in der Kammer erklärt, weder ministeriell noch antiministeriell zu sein und uns nur durch die Interessen des Proletariats leiten zu lassen. Wenn die Ministeriellen gut stimmen, kann das für uns kein Grund sein, schlecht zu stimmen, um uns von ihnen zu unterscheiden. Uebrigens zeigt die im „Socialiste“ abgedruckte Zusammenstellung der Abstimmungen von Bailliant und Jourds einen bedeutenden Unterschied; in mehr als einem Drittel der Fälle sind die Abstimmungen verschieden.

Caslin-Vordeaux: Die Fraktion sollte sich mehr an der Agitation im Lande beteiligen. Ferner müßte sie entschiedener als bisher sich vom Kabinett Combes lösen. So aber hören wir stets im Lande Vorwürfe, daß unsere Fraktion der jaureistischen nahe stehe. Und Jourds kam heute in der „Humanité“ mit einigem Recht unsere Fraktion mit der seinigen auf eine Linie stellen.

Abg. Defoante: Wir können dem Kabinett Combes gegenüber nicht dieselbe Haltung befolgen wie selbst das Kabinett Waldeck-Rüssler gegenüber. In den Streiks hat dieses Kabinett doch sich im allgemeinen mehr oder minder einwandfrei verhalten. Dann giebt uns dieses Kabinett die Garantie, daß Frankreich in den Krieg nicht hineingezogen wird. Auch ist seine allgemeine politische Haltung besser als selbst diejenige des Ministeriums Waldeck-Rüssler.

André-Droме et Ardèche: Warum hat sich die Fraktion mit Ausnahme Sembats, der allein gegen das Kabinett gestimmt, der Stimme enthalten in der Interpellation Sembat über die Pariser Arbeitermeuterei? Das derzeitige Kabinett ist nicht besser, vielmehr schlimmer als das frühere Ministerium. Wenn die Streikenden nicht so arg verzeuget werden, so weiß sie gewaltigen Widerstand leisten. Das Wohlwollen des Kabinetts hat damit nichts zu thun.

Abg. Constand: Möge der Kongreß ein für allemal der Fraktion eine feste Richtschnur geben. Wenn man keine Kompromißabstimmungen zulassen will, so ist es besser, dem Parlament fernzubleiben. Die Abstimmung in der Interpellation Sembat erklärt sich daraus, daß Combes die Polizei getadelt und für die Zukunft Besserung versprochen hat. In der Interpellation Millerand gegen Combes haben wir für das Ministerium gestimmt und es so gereizt. Gewiß würde die Bekämpfung des Proletariats nicht darunter leiden, wenn Combes durch unsere antiministerielle Abstimmung gestürzt worden wäre. Aber unsere Aktion im Lande würde darunter leiden; die demokratischen Schichten würden uns vorwerfen, mit der Reaktion gemeinsame Sache gemacht zu haben. Und dann, konnten wir die Geschäfte Millerands besorgen, der dem Sozialismus den schwersten Schaden zugefügt hat? Ferner hat die Fraktion in der Kartäuser-Debatte sich gegen die kirchliche Verleumdungstaktik erklärt. Was wirkt das ihr vor. Nun, auch die Partei hat unter Verleumdungen der Gegner zu leiden. Wir hatten also ein direktes Interesse daran, den Gebrauch der Verleumdung als politische Waffe in der Kammer gebremst zu sehen. Der Vorwurf, daß wir uns von den Ministeriellen nicht genug unterscheiden, ist unbegründet. In vielen wichtigen Abstimmungen, namentlich in Sachen der Militärkredite und des Budgets, hat die Fraktion anders als die Ministeriellen gestimmt. Zum Schluß verlangt Redner, der Kongreß möge sich präzisieren über alle benachteiligten Abstimmungen der Fraktion ausdrücken, was der Fraktion zur Richtschnur dienen könnte.

Lafont-Paris moniert, daß der gedruckte Fraktionsbericht nur eine trodene Aufzählung der Abstimmungen enthalte ohne jegliche allgemeine Beleuchtung der Taktik der Fraktion. Der Eindruck ist gerechtfertigt, daß die Haltung der Deputierten allzu ministeriell, oder genauer — nicht antiministeriell genug war. Ferner kritisiert Redner einige weitere Abstimmungen sowie die verschiedenartige Abstimmung der Fraktion in ein paar Fällen. Auch bedauert er, daß gewisse Abstimmungen nicht durch Erklärungen auf der Kammertribüne kommentiert werden, was die Agitation im Lande erleichtern würde gegenüber den Ministeriellen, die die Haltung unserer Fraktion gegen unsere Partei ausschlagen.

Grados kritisiert ebenfalls die Haltung der Fraktion und verlangt einen klaren Kongreßbeschuß sowie eine strengere Kontrolle der Fraktion durch den Centralrat.

Abg. Bailliant: Die Haltung des Ministeriums Streiks gegenüber läßt sich nicht einfach nach der Zahl der Verwundungen beurteilen. In Deutschland giebt es weniger Verwundungen von Streikenden als in Frankreich. Das ist aber kein Grund, die Regierung Wilhelms II. vorzuziehen. Gewisse Abstimmungen erklären sich durch die Notwendigkeit, einheitliche Abstimmungen herbeizuführen: Die Minderheit stimmt dann mit der Mehrheit. In der Interpellation Sembat haben wir uns der Stimme enthalten, weil der Ministerpräsident sich verpflichtet hat, fortan das Gesetz von 1848 (betreffs der dreimaligen Aufforderung an die Menge) zu beobachten. Ueberhaupt giebt es Fälle, wo es sich in der Kammer um einen Konflikt zwischen verschiedenen Intriguen handelt. Das kann man nur in der Röhre wahrnehmen. Von außen sieht man das nicht. In diesen Fällen haben wir stets gesucht, unser Votum durch eine Erklärung vor dem Publikum zu begründen. Das gelingt aber nicht immer, indem wir insolge des Debattechlusses nicht mehr zu Worte kommen können. Ich stelle keinen Vergleich an zwischen den verschiedenen Ministerien. Wir müssen aber die jeweiligen Umstände berücksichtigen. So halte ich für das schlimmste Uebel die Verwicklung Frankreichs in den Krieg. Dieser Umstand hat gewisse unserer Abstimmungen beeinflusst. Dann erhebt sich die Frage, ob wir nicht ein Interesse daran haben, eine Regierung am Ruder zu sehen, die den Unterdrückungs-Mechanismus des Staates schlaffer als sonst handhabt. Aber stets bleibt unsere Richtschnur das Interesse der Partei und des Proletariats.

Chauvin: Man verlangt von den Abgeordneten viel zu viel; sie sollen zugleich die Agitation im Lande betreiben und in der Kammer eine Menge Dinge thun, die ihre stete Anwesenheit in der Kammer nötig machen würde. Man kann der Fraktion nicht vorwerfen, irgend einen Parteibeschuß verlegt zu haben. Dieser Kongreß muß einen Beschluß fassen, der der Fraktion eine Anleitung giebt. Es ist unmöglich, daß unsere Erwählten — nicht nur die Deputierten — in Vertrauensvotum für eine Bourgeoisregierung abgeben. Das

schädigt unsere Agitation. Die Fortdauer des Kabinetts Combes bedeutet die Festigung der herrschenden Bourgeoisparteien und die Fortdauer der Herrschaft der antikerikalen Klasse, die die Geister benebelt und die Klassenaktion lähmt. Chauvin beantragt eine Resolution, die den Deputierten aufgiebt, kein Vertrauensvotum für die Regierung abzugeben. (Abgg. Bailliant und Walker: Wir haben niemals ein Vertrauensvotum abgegeben!) Doch! Es ist ein Vertrauensvotum, wenn die Fraktion die Erklärungen der Regierung billigt. Ferner kritisiert Redner die Abstimmung in der Kartäuser-Debatte: Es ist naiv, mit dem Abg. Constand anzunehmen, daß die Brandmarke der kirchlichen Verleumdung die sozialistische Partei vor den Verleumdungen der Gegner schützen werde. Bailliant erinnert Chauvin daran, daß er selbst als ehemaliger Abgeordneter wohl einen Unterschied machte zwischen dem radikalen Kabinett Bourgeois und dem reaktionären Kabinett Meline.) Chauvin: Ich habe aber niemals dem Herrn Bourgeois ein Ehrlichkeitszeugnis ausgestellt, welches die Fraktion dem Herrn Combes in der Kartäuser-Debatte ausgestellt hat.

Trion-Vordeaux: In Vordeaux wurden die Streikenden niemals so mißhandelt, wie unter dem Kabinett Combes, selbst nicht unter dem Kabinett Meline. Weiter tadelt Redner die Beteiligung eines Fraktionemitgliedes an einer antikerikalen Kundgebung der spanischen Republikaner in Spanien. Desgleichen konnte Jourds in Toulouse unserem Redner erwidern, daß auch revolutionär-sozialistische Deputierte sich an dem Besuch der bürgerlichen Parlamentarier in London beteiligt hätten.

Abg. Defory rechtfertigt nochmals die kritischen Abstimmungen. Zur Vermeidung verschiedenartiger Abstimmungen möge der Kongreß beschließen, daß die Minderheit der Fraktion stets mit der Mehrheit zu stimmen hat. Chauvins Resolution ist unannehmbar. Die Partei hatte schon lange vor dem Kabinett Bourgeois Unterschiede gemacht zwischen den bürgerlichen Parteien und Personen — so in der Präsidentschaftswahl von 1887 zwischen Carnot und Ferry. Die Reklamation unserer Abstimmungen und derer der Ministeriellen erklärt sich schon daraus, daß die Hälfte der Abstimmungen den Antikerikalismus betreffen; in dieser Frage konnte sich unsere Haltung selbstverständlich von der Haltung der Ministeriellen nicht unterscheiden. Chauvin meinte, daß wir jedesmal das Ministerium gereizt haben, wenn es in Gefahr war. Tatsächlich war das ein einziges Mal der Fall — in der Interpellation Millerand. Nun, angesichts der besonderen Umstände, die bereits besprochen wurden, wäre ich bereit, im gleichen Falle von neuem für das Ministerium zu stimmen.

Abg. Defoante rechtfertigt seine Beteiligung an der spanischen Kundgebung in Barcelona: Es handelte sich um die erste Steinlegung eines Volksbaues und ich habe dort, wie immer und überall, eine revolutionäre Sprache geführt.

Ghesquiere: Wäre ich Deputierter, so wäre ich ebenso verlegen wie unsere Parlamentarier. Gegenüber dem Kabinett Combes muß man die Stimmung des Landes und der Arbeiter selbst berücksichtigen. Ich beklagte die Fraktion zu ihrem Votum für das Ministerium in der Interpellation Millerand. Es ist nicht so leicht, zwischen den kämpfenden bürgerlichen Parteien ohne Gefahr hindurchzulabieren. Wir müssen die antikerikale und demokratische Aktion Combes in Uebereinstimmung mit dem Proletariat und in dessen Interesse unterstützen. Man kann von der Fraktion nur verlangen, das Ministerium vorwärts zu treiben und im Falle antiproletarischer Handlungen die Regierung anzugreifen.

Brade: Die Debatte ist über Gebühr ausgedehnt worden. Bailliant hat bereits zureichend die Haltung der Fraktion gerechtfertigt. Mit Lafont wünscht Brade von der Fraktion in Zukunft einen ihre Haltung beleuchtenden Bericht.

Rappaport billigt im allgemeinen die Haltung der Fraktion. Nicht zu billigen aber ist die Stimmenthaltung der Fraktion in der Interpellation Sembat (über die Pariser Arbeitermeuterei). Die Fraktion hätte mit Sembat gegen das Ministerium stimmen sollen. Zum Schluß beantragt Redner mit Ghesquiere eine Resolution, die der Fraktion aufgiebt, im Falle von Repressalien gegen das Proletariat gegen das Ministerium vorzugehen, ohne jede Rücksicht auf die Existenz des Kabinetts.

Abg. Constand: Die Fraktion kann nicht durch ihre Reden dem Mangel eines täglichen Partei-Organs abhelfen. Nur eine Tageszeitung könnte die besondere Stellung der Partei scharf und klar vor aller Augen präzisieren.

Bailliant rechtfertigt nochmals die Stimmenthaltung in der Interpellation Sembat durch das Jugendstadium, das die Fraktion von Combes erlangt hat. Ebenso hat Combes die streikenden Landarbeiter in Schutz genommen gegen den bonapartistischen Interpellanten Lafont. Wir konnten da nichts weiter thun, als in einer Resolution das Erwachen der häuerlichen Bevölkerung zu begrüßen. In der Debatte über die Abberufung des Vorkämpfers beim Bailliant hat die Fraktion die sofortige Kündigung des Konfords verlangt — im Gegensatz nicht nur zum Ministerium, sondern auch zu den ministeriellen Sozialisten. Man wirft uns vor, die wirtschaftlichen Fragen nicht eifriger zur Sprache gebracht zu haben. Tatsächlich haben wir es bei jeder Gelegenheit gethan. Und dann habe ich eine Interpellation über die Arbeitslosigkeit schon vor zwei Jahren eingebracht, aber es ist bisher nicht gelungen, sie zur Beratung zu bringen. Wir haben stets unsere Pflicht nach besten Kräften gethan. Die Fraktion akzeptiert mit Vergnügen die Kontrolle des Centralrates und des Kongresses. Nur verlangt sie eine kameradschaftliche Behandlung, eine gerechte Beurteilung. Einen Tadel wegen unserer Haltung in Streikdebatten müssen wir als ungerecht zurückweisen.

Damit schließt die Debatte. Auf Lafonts Antrag billigt der Kongreß die Haltung der Fraktion. Auf Caslins Antrag wird beschlossen, daß die Fraktion ihre Beschlüsse der gesamten Presse mitzuteilen hat. Die Resolution Rappaport-Ghesquiere wird zurückgezogen. Chauvins Resolution wird abgelehnt.

Vorsitzender verliest eine Begrüßungsbescheide von Clara Zetkin. (Bravo!)

Der Kongreß nimmt die Beratung der Amsterdamer Tagesordnung wieder auf.

Zum Punkt: Arbeiterversicherung beantragt Brade die Zustimmung zum Resolutionsentwurf Molkenbuhes. Nach einem kurzen Meinungsaustausch zwischen Lafont, Bailliant und Guesde wird beschlossen, entweder der Resolution Molkenbuhes einen Zusatz hinzuzufügen, der sich gegen jede Beitragsleistung der Arbeiter ausspricht, oder eventuell diesen Zusatz als selbständige Resolution zu beantragen.

In Bezug der Zollfrage wird eine Kommission mit der Ausarbeitung einer Resolution beauftragt, an Stelle des Resolutionsentwurfes der Independent Labour Party.

Zum Punkt: Militarismus soll in Amsterdam beantragt werden, an Stelle des Resolutionsentwurfes der Independent Labour Party die bezüglichen Resolutionen des Internationalen Kongresses von Brüssel zu erneuern.

Lafont bringt zur Sprache den Resolutionsentwurf der Lorraine-Föderation, der vom Amsterdamer Kongreß verlangt, er solle sich gegen die Vaterlandsidee erklären. Die Föderation der Haut-Beime hat sich dem Antrag angeschlossen. Es wird hierüber zur Tagesordnung übergegangen.

Zum Punkt: Militarismus und Schule verliest Brade den bezüglichen antikerikalen Resolutionsentwurf der englischen Sozialdemokratischen Föderation.

Guesde beantragt, dem Amsterdamer Kongreß vorzuschlagen, seine Tagesordnung auf die ersten 10 Punkte zu beschränken. Angenommen.

Damit schließt die Beratung der Amsterdamer Tagesordnung. Die Beziehungen zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Organisation.

Cheradame-Paris trägt zwei Resolutionen der Seine-Föderation vor, welche die gewerkschaftliche und die politische

Aktion als gleichwertig berechtigt und einander ergänzend behandelt. Lafont verliest den Bericht der Lorraine-Föderation, die die Autonomie der Gewerkschaften der Partei gegenüber verlangt, sowie die Annäherung an die revolutionären Gewerkschaftler, und im übrigen die gewerkschaftliche Aktion höher stellt als die politische: der Parlamentarismus habe bereits seine Dummheit bewiesen. Defory: Die Resolutionen der Seine-Föderation können nicht ohne weiteres votiert werden. Sie erwecken den Eindruck, als ob die Partei sich noch niemals mit der Gewerkschaftsfrage befaßt hätte. Die Resolutionen sollen von einer Kommission ausgearbeitet werden. (Zustimmung.)

Caslin-Vordeaux tritt ein für die eifrige Beteiligung der Parteigenossen an den Gewerkschaften. Das ist das beste Mittel, die Gewerkschaften zu gewinnen. Beweis: die günstigen Folgen dieser Taktik in Vordeaux. Auf diesem Wege können wir am wirksamsten das parteischädigende Treiben der Anarchisten innerhalb der Gewerkschaften bereinigen. Weitest vertieft auf die Erfahrungen in Roubaix, wo die gewerkschaftliche und politische Organisation verschmolzen ist. Bailliant tritt für die Selbständigkeit der beiden Organisationen ein, gemäß einer früheren Resolution zur Zeit der Entstehung der revolutionär-sozialistischen Einigkeit, empfiehlt den Beitritt der auf Parteiboden stehenden Gewerkschaften zur Konföderation der Arbeit und die zahlreiche Bekämpfung des gewerkschaftlichen Landeskongresses in Bourges (September). Guesde befürwortet die Veranstaltung einer Reihe von Vorträgen im ganzen Lande über daselbst Thema: Organisation des Proletariats. In den Vorträgen müßten diese zwei Grundideen entwickelt werden: die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und ihre Unzulänglichkeit, die politische Aktion als die notwendige Ergänzung der gewerkschaftlichen.

Schluß der Gewerkschaftsdebatte und der Nachmittagsitzung 7 Uhr.

Das Schicksal der Port Arthur-Flotte

nach auch nach den neuesten Meldungen noch als ein ungewisses angefaßten werden. Während einerseits gemeldet wird, daß der größte Teil der Flotte, namentlich die Schlachtschiffe, genötigt gewesen seien, sich wieder in den Hafen von Port Arthur zurückzuführen, behaupten andre Meldungen, der größere und wichtigste Bestandteil der Flotte sei bereits in der Straße von Korea gesichtet worden und im Begriff, sich mit der abermals aus Wladiwostok ausgelaufenen Kreuzerflotte zu vereinigen. Petersburger Nachrichten wollen sogar glauben machen, daß eine solche Vereinigung bereits erfolgt sei.

Was aus dem Gros der russischen Flotte geworden sein mag, eine Anzahl der gesprengten Schiffe hat, wie jetzt festgestellt, nicht den Kurs nach Wladiwostok angenommen, sondern, wie wir gestern bereits vermuteten, neutrale Häfen angelaufen. Ein Torpedobootszerstörer ist in Tschifu angekommen, zwei bis drei Kreuzer und ein oder zwei Torpedobootszerstörer haben sich nach dem deutschen Hafen Tjingtau geflüchtet und ein weiterer Kreuzer nebst einem Torpedobootszerstörer soll im Begriff sein, Shanghai anzulassen.

Die betreffenden Meldungen lauten:

London, 12. August. Das „Reutersche Bureau“ erfährt aus Tschifu: Die russischen Kreuzer „Kold“ und „Robil“ mit zwei Torpedobootszerstörern sind in den Hafen von Tjingtau eingelaufen. (Diese Nachricht ist von der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in folgender Form bereits bekämpft worden: „Nach unsern Informationen ist es richtig, daß russische Schiffe vor Kiautschou eingelaufen sind. Der Gouverneur wird streng nach den für solche Fälle geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen verfahren.“ Ann. d. Reb.)

Tschiu, 12. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Admiral Togo berichtet, daß russische Kriegsschiffe „Bessarewitsch“ sei wahrscheinlich am 10. d. M. gesunken.

Tschiu, 12. August. (Ämtliche Mitteilung.) Nach den hier eingelaufenen Nachrichten verlief das russische Geschwader den Hafen von Port Arthur und wurde südlich von Jentau von der japanischen Flotte angegriffen und zerstreut. Die Kreuzer „Kold“ und „Robil“, ein dritter Kreuzer und ein Torpedobootszerstörer nahmen am 11. August Zuflucht in der Bucht von Kiautschou, ein anderer Torpedobootszerstörer in Tschifu. Die russischen Schlachtschiffe, fünf an Zahl, ein Kreuzer, wahrscheinlich „Diana“, ein Hospitalsschiff und mehrere Torpedobootszerstörer schienen am 11. August den Hafen von Port Arthur wieder aufgesucht zu haben. Die japanische Flotte ist, wie man glaubt, unbeschädigt.

Tschifu, 12. August, abends 7 Uhr. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die Identität der russischen Schiffe in Tjingtau ist noch ungewiß. Festzulegen scheint aber, daß eins das Linienschiff „Bessarewitsch“ oder ein Schiff vom gleichen Typ ist. Ein Kreuzer und ein Torpedobootszerstörer näherten sich Shanghai. — Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die übrigen Schiffe der Flotte nach Port Arthur zurückgekehrt sind.

Tschifu, 12. August. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die Nachricht von dem Einlaufen russischer Kriegsschiffe in den Hafen von Tjingtau wird bestätigt. Es sind die Kreuzer „Kold“ und „Diana“ sowie ein Torpedobootszerstörer; der Kreuzer „Robil“ ist nicht in Tjingtau. Zwei russische Torpedobootszerstörer sollen an der chinesischen Küste genommen worden sein. Der Besuch des russischen Geschwaders, nach Wladiwostok durchzubrechen, gilt als gescheitert.

Das Anlaufen der russischen Kriegsflotte in Tjingtau stellt Deutschland vor die Pflicht, diesen Schiffen gegenüber strengstens nach den Geboten des Völkerrechts zu verfahren. Die offiziöse deutsche Roth erkennt ja auch diese Pflicht durchaus an. Es fragt sich nur, was man unter diesen Pflichten versteht.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ geben die Ansicht kund, daß der deutschen Regierung zwei Wege offen ständen. Entweder müsse sie die flüchtigen Schiffe veranlassen, nach Einnahme einer Kohlenmenge, die das Erreichen des nächsten Hafens ermögliche, binnen 24 Stunden den Hafen zu verlassen, oder aber sie müsse nach dem Verstreichen dieser Frist die Schiffe entwaffnen und für die Dauer des Krieges mit Beschlag belegen.

Nach unserer Auffassung ist diese Ansicht des Blattes eine irrige. Wohl genießen Kriegsschiffe das Recht, auf der Reise in den Häfen einer neutralen Macht 24 Stunden Aufenthalt zu nehmen und sich mit Kohlen und Proviant für den nächsten Hafen zu versehen, allein die russischen Schiffe befinden sich eben nicht auf der Reise, sondern auf der Flucht, die sie nötigte, Tjingtau anzulassen. Für geschlagene und fliehende Schiffe aber gelten dieselben Bestimmungen, die nach dem Völkerrecht für flüchtige Landtruppen gelten, die auf neutrales Gebiet übertreten: Sie sind zu entwaffnen!

Das Anlaufen des deutschen Hafens ist durch die militärischen Erfolge der Japaner — das Bombardement des Hafens von Port Arthur und die Seeschlacht vor Port Arthur — verursacht worden, deshalb ist es die Pflicht Deutschlands, die russischen Schiffe zu entwaffnen. Gestattet Deutschland den russischen Schiffen, nach 24 Stunden wieder anzulassen, so hätte es damit nach der ganzen Lage der Dinge den Schiffen gestattet, Tjingtau zur Basis von Kriegsoperationen zu machen, was völkerrechtlich verboten ist!

Koch am Donnerstag behandelte das englische Unterhaus diese wichtige Frage der Neutralität:

Präsidentminister Balfour gab eine Erklärung in demselben Sinne ab, wie Lansdowne im Oberhaus, gab aber noch weitere Einzelheiten über gewisse Punkte und sagte: Was den Gebrauch neutraler Häfen als Basis für die Operationen von Kreuzern betrifft, so glaube ich, alle Nationen werden mit uns darin übereinstimmen, daß das Wesen dieser Frage darin liegt, daß neutrale Häfen nicht zur Basis von Operationen gemacht werden sollen. Es ist aber viel leichter allgemeine Grundzüge aufzustellen, als einen Fall zu behandeln, der entstehen kann. Selbstverständlich sind hinsichtlich des Suezkanals besondere Bestimmungen getroffen. In gewissen Fällen könnte Frankreich von unsrer Meinung abweichen, aber ich glaube, die französische Regierung wird nicht zögern zu erklären, daß es ein feststehendes Prinzip ist, daß neutrale Mächte den Gebrauch ihrer Häfen zur Erleichterung kriegerischer Operationen nicht gestatten dürfen. Das sind Fragen von höchster Wichtigkeit nicht nur hinsichtlich des Handels Englands, sondern auch hinsichtlich des Weltfriedens und der zukünftigen Beziehungen zwischen kriegsführenden Parteien und Neutralen. Nach einer weiteren Erörterung wurde die zweite Lesung der Appropriationsbill angenommen.

China hat denn auch bereits in Tschifu den dorthin geschickten russischen Torpedojäger gemäß den Forderungen des Völkerrechts behandelt und sofort entlassen. Die Japaner, die jedenfalls daran zweifeln, daß China diese gebotene Energie beibehalten werde, haben trotzdem den russischen Torpedobootszerstörer angegriffen und genommen, wodurch sie sich ihrerseits fraglos ins Unrecht gesetzt haben, ein Unrecht, das sie wohl schleunigst durch Wiederauslieferung des Schiffes gut zu machen suchen werden. Die Meldungen darüber besagen:

London, 12. August. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Tschifu gemeldet: Zwei japanische Torpedobootszerstörer liefen in der Nacht ohne Lichter in den Hafen ein und legten eine viertel Meile von dem russischen Torpedobootszerstörer „Retshitelny“ an. Um 4 Uhr früh bestiegen Landungsabteilungen der Japaner das bewaffnete Schiff unter Gewehrfeuer, wobei ein Russe verwundet wurde. Einige Russen schwammen ans Ufer. Bei Tagesanbruch sah man einen dritten japanischen Zerstörer mit dem russischen Schiff im Schlepptau den Hafen verlassen, während die anderen Torpedobootszerstörer folgten. Der japanische Konsul versichert, daß die Japaner nichts davon gewußt hätten, daß der „Retshitelny“ bewaffnet war.

Tschifu, 12. August. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Die japanischen Torpedobootszerstörer, welche den russischen Torpedobootszerstörer „Retshitelny“ genommen haben, sind „Kaschimo“ und „Kasumi“. Die Japaner sandten einen Offizier an Bord des „Retshitelny“ und forderten die Russen auf, den Hafen zu verlassen und ein Gefechtsangebot anzunehmen. Der Kommandant Kossichalowski erwiderte, „Retshitelny“ sei besarmiert und die Maschinen betriebsunfähig; die ganze Angelegenheit liege in den Händen der Chinesen. Als der japanische Offizier hierauf um die Erlaubnis bat, die Aussagen auf ihre Richtigkeit hin prüfen zu dürfen, gab Kossichalowski eiligst mit leiser Stimme den Befehl, das Schiff in die Luft zu sprengen, da er zugleich mit dem Schiff sein und seines Gegners Leben vernichten wollte. Unmittelbar hierauf stürzte sich der Kommandant auf den japanischen Offizier und sprang mit ihm über Bord. Nach einem Berichte soll der Kommandant ungeschwunden, nach einer anderen Meldung schwer verwundet, aber entkommen sein und von Freunden verborgen gehalten werden. Nach zehn Minuten wurde dann die Kommandobrücke durch eine Explosion fortgerissen; der Schiffsrumpf blieb jedoch unversehrt. Für die Unabhängigkeit der Chinesen während dieser offenkundigen Verletzung der Neutralität durch die Japaner hat man hier keine Erklärung. Man glaubt, daß die Angelegenheit internationale Verwickelungen zur Folge haben könnte.

„Cessarewitsch“ gesunken?

Tokio, 12. August. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Admiral Togo berichtet, das russische Kriegsschiff „Cessarewitsch“ sei wahrscheinlich am 10. d. M. gesunken.

Landkämpfe vor Port Arthur?

Ueber neue blutige Kämpfe vor Port Arthur wird telegraphiert: **London, 12. August.** Die Japaner griffen, wie „Daily Telegraph“ aus Tschifu meldet, am 8. August die Hauptlinie der Befestigungen von Port Arthur an. Sie unternahm mit wilder Tapferkeit Bajonettsangriffe auf die Russen, die ebenfalls mit dem Bajonett vorgingen. Ganze Regimenter wurden vernichtet. Die ermüdeten russischen Truppen fielen erschöpft neben ihren Geschützen nieder. General Stössel ritt die Front entlang und ermahnte seine Leute, sich tapfer für Gott und Vaterland zu schlagen. Bei Tagesanbruch zogen die Japaner Reserve zusammen und gingen zum Schlußangriff vor, wobei sie die Russen völlig zurückwarfen. Die Russen erlitten schwere Verluste. In einer der besetzten Stellungen blieben von 200 Mann nur zwei am Leben. Am nächsten Tage, dem 9. August, machten die Russen jedoch ihrerseits unerwartet einen Angriff und übernahmen die japanischen Vorposten, mit denen sie in Handgemeine kamen. Gleichzeitig feuerten die russischen Schiffe auf die Japaner. Schließlich gelang es den Russen, das Takuschau-Fort zurückzuerobern, und sie halten jetzt die Hauptlinie. Das Blutbad bei diesen Zusammenstößen wird als geradezu schauerlich geschildert. Diese Nachrichten bedürfen natürlich dringend der Bestätigung!

Petersburg, 12. August. Die General Auropatin dem Kaiser meldet, wurde gestern bei der Südfront der Mandchurien-Armee bemerkt, daß kleine Abteilungen der japanischen Vorhut vorrückten. Im Gebiete des Liausung, oberhalb von Jinkow, begannen Gumpfenbanden unter Führung von japanischen Offizieren sich bemerkbar zu machen. In einem Schermüßel zwischen einer russischen Streitmacht und einer japanischen bestreiten Offizierspatrouille in Stärke von etwa 50 Mann wurden 15 Japaner getötet oder verwundet und die übrigen in die Flucht geschlagen. Die Russen erbeuteten Gewehre und Schießbedarf. Auf russischer Seite wurde ein Mann getötet. Auf der Ostfront sind keine besonderen Veränderungen eingetreten.

Fünftägiger internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Paris, den 9. August.
Zweiter Verhandlungstag.
(Nachmittags-Sitzung.)

Zur Verhandlung steht die Forderung eines Minimallohnes, wozu zwei Resolutionen vorliegen. Die englische Resolution der Miners Federation von England lautet:

„Daß jede hier vertretene Nation in allen Bezirken danach strebe, einen Minimum-Lohn zu erlangen, welcher hinreicht und den Arbeitern ermöglicht, damit anständig leben zu können. Dazu beantragen die Franzosen: „Einen Minimum-Lohn geschlechtlich festzusetzen.“
Sarey-England begründet die englische Resolution. Man habe im letzten Jahre in England gute Fortschritte bezüglich der Erlangung eines Minimallohnes gemacht. Ueber 60 000 Vergleute haben heute schon einen Minimallohn. Die Höhe desselben ist sehr verschieden und richtet sich nach den Lebensmittelpreisen der einzelnen

Distrikte. In einzelnen Distrikten sei der Lohn seit 1888 um 30 Proz. gestiegen, während andere Distrikte nur eine Steigerung von 7, Proz. aufweisen. Die höchste Lohnsteigerung findet man in den Distrikten, wo der Minimallohn eingeführt ist, während die Kohlenpreise dort nicht immer am höchsten ständen. Was aber in einem Distrikt durchgeführt ist, muß sich auch in andern Distrikten durchführen lassen. Einen Minimallohn für das ganze Land einheitlich festzusetzen, hält der Redner nicht für durchführbar, sondern wünscht, daß der niedrige Lohn sich nach den Verhältnissen der einzelnen Distrikte richten soll. Wo bei ihnen der Minimallohn eingeführt sei, erhalte der Kohlenhauer 5 Schilling pro Schicht und je nach den Verhältnissen nach Prozente von der Kohle, die er ausbeutet. 60 Proz. aller englischen Vergleute arbeiteten aber auch im Gebirge und richtete sich ihr Lohn nach dem Quantum Kohlen, das sie förderten. Das Gebirgsgebiet lasse aber eine große Lohnschwankung zu und empfehle sich die Befestigung desselben.

Öbert-Oesterreich: Im österreichischen Bergbau werden geradezu Hungerlöhne gezahlt, ganz besonders im Salzbergbau und in den Petroleumgruben. Im Salzbergbau steht der niedrigste Lohn für Erwachsene auf 1,60 Kronen oder 1,30 R. und der Höchstlohn auf 2,40 Kronen oder 2 R. pro Schicht. Namens der österreichischen Vergleute stimmt er für die Resolution.

Mittel-Amerika: Ein Minimallohn sei in Amerika auf allen Gruben mit unreinem Gebirge eingeführt. Die niedrigsten Löhne betragen 2,25 Dollar pro Tag, während die höchsten auf 2,45 Dollar stehen. Dann haben sämtliche Tagearbeiter einen festen Tageslohn, der allerdings in einer Region höher als in der andern. Die Mehrzahl aller amerikanischen Vergarbeiter arbeite jedoch im Gebirge und habe einen viel höheren Lohn. Das Gebirgsgebiet halte auch er nicht für das richtige, sondern wünsche, daß überall ein fester Tageslohn eingeführt würde, der sich nach den Kohlenpreisen und nach den Lebensmittelpreisen richten müßte. Den Arbeitern müsse ein so hohes Einkommen garantiert werden, daß sie nicht nur ihr Leben fristen könnten, wie das bei den kontinentalen Vergarbeitern heute der Fall sei, sondern daß sie in der Lage wären, auch ihren Kindern eine anständige Erziehung angedeihen zu lassen. Er hoffe, daß die kontinentalen Vergleute bald ebenso gestellt sind wie die amerikanischen.

Die englische Resolution wird darauf einstimmig angenommen. **Paris, den 10. August.**

Dritter Verhandlungstag.

(Vormittags-Sitzung.)
Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt: Die Wurmkrankheit. Dazu liegt von der Miners Federation von England folgende Resolution vor:

„Daß jede im Kongress vertretene Nation einen Bericht über die Wurmkrankheit abgebe und daß der Kongress darüber einen Beschluß fasse.“ Die Franzosen fordern Gesehe, durch die dem Fortschreiten der Krankheit Einhalt getan würde.

Smillie-England wünscht, daß von jeder Nation ein ausführlicher Bericht über den Stand der Wurmkrankheit gegeben würde, der dann von den nationalen Organisationen verbreitet werde. Die ausführliche Besprechung der Krankheit auf dem vorjährigen Kongress in Brüssel habe den Engländern sehr gute Dienste gethan. Es seien sofort Konferenzen arrangiert worden, auf denen über Mittel und Wege zur Bekämpfung der Krankheit beraten wurde. Nach einer gemeinsamen Konferenz der Vertreter der Arbeiter mit den Werkbesitzern sei man an die Regierung herantreten, die dann eine Kommission zur Untersuchung auf Wurmkrankheit eingesetzt habe. Die Untersuchung habe ergeben, daß im Distrikt Cornwall in zehn Zinngruben 42 Wurmranke gefunden wurden. Auch auf einer Kohlengrube in Schottland habe man Wurmranke gefunden, sonst habe die Untersuchung ergeben, daß die Gefahr im britischen Bergbau nicht so groß sei, weil nicht diejenige Temperatur herrsche, die zur Entwicklung dieser Krankheit notwendig sei, aber immerhin müsse man die Augen offen behalten. Die französischen Delegierten forderten gezielte Mittel zur Bekämpfung der Krankheit und wollten die Engländer wissen, wie sie sich diese gezielten Mittel dächten. Auch sie wollten an die Regierung herantreten, um Schutz gegen die Krankheit zu fordern. Man habe in England Angst, daß die Krankheit durch ausländische Vergleute eingeschleppt würde. Es müßte durch die weitgehendste Aufklärung der Arbeiter gegen diese Krankheit gewirkt werden. Redner fordert, daß jede nationale Organisation ihre Erfahrungen über die Krankheit den andern Nationen mitteile, damit alle aufgeklärt und so der Krankheit entgegen gewirkt würde. Durch eine solche Gefahr würde das internationale Bündnis nur fester geknüpft, um gemeinsam gegen den gefährlichen Feind anzukämpfen. Er hoffe, daß im nächsten Jahre die Krankheit so gut wie erloschen sei.

Lamendin-Frankreich verliest einen längeren Bericht, den Wash an das Parlament gerichtet hat. Wash hat der Kammer einen Gesehentwurf unterbreitet, der eine genaue Kontrolle in den Gruben verlangt; danach sollten über Tage Waschanstalten errichtet und Aborte gebaut werden, damit die Vergleute sich genügend reinigen könnten. Nach dem übereinstimmenden Urteil berühmter Aerzte sei die Hauptquelle und der beste Nährboden für die Krankheit der Schmutz. Ferner wurde in dem Gesehentwurf gefordert, daß die Ventilatoren auf den Gruben verbessert würden, daß pro Mann und Minute 80 Liter Luft in die Grube gefördert würden. Weiter wurde in dem Gesehentwurf gefordert, eine bestimmte Kommission einzusetzen, die genaue Untersuchungen veranstalte, um die Zahl der Kranken authentisch festzustellen. Die Kommission sollte das Recht haben, selbständige Anordnungen zu treffen und zu jeder Zeit in die Gruben einzutreten können. Der Entwurf wurde allerdings abgelehnt und machte die Unternehmer in ihrer Presse den Versuch, die Krankheit als fast harmlos hinzustellen, während sie in Wirklichkeit noch sehr grassiert. Auch die Regierung gebe offizielle Berichte heraus, die günstig über die Krankheit sprächen. Solche Berichte bedürften jedoch kaum einer ernsten Beachtung, da das ganze Material von den Unternehmern stamme, und folglich nichts an Einseitigkeit zu wünschen übrig lasse. Im Vorrede lassen die Gruben in hygienischer Beziehung alles zu wünschen übrig. Die Schächte seien naß, die Streden schlecht usw. Auch im Becken Monts sehe es traurig aus. Nach den Berichten der Kohlen-Compagnie soll in dem Becken Pas-de-Calais und Du-Nord die Krankheit nicht herrschen. Die Arbeiter seien anderer Meinung. Man verlangt gezielte Bestimmungen, daß Leute, die aus einem andern Lande zuwandern kämen, ein Gesundheitsattest vorzulegen. Im Pas-de-Calais und Du-Nord kämen in kurzer Zeit 40 neue Schächte in Betrieb, und wo sollten die Arbeiter hergenommen werden? Jedenfalls aus Deutschland und Belgien, wo die Krankheit in so hohem Maße grassiert, und darum verlangten sie gezielten Schutz.

Partei-Nachrichten.

Zum Amsterdamer Kongress. Der von uns gestern angekündigten Sammlung der Resolutionen und Berichte für den internationalen Kongress wird das internationale Bureau alsbald eine Ergänzungsschrift hinzufügen. Die ganze Sammlung ist vom Sekretariat des internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel (Rue Hoyvaert 63) gegen Einfindung von 1 Fr. sowie Porto zu beziehen. Ebendort wird der demnächst erscheinende Band zu beziehen sein, der die Berichte der Nationalitäten an den Kongress enthält. Der Preis dieses 400 Seiten starken Bandes ist 2,50 Fr. und Porto.

Der Parteitag für die Provinz Westpreußen findet am 11. September in Thorn statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem das Kontraktbruchgesetz für ländliche Arbeiter.

Aus der Parteipresse. Aus der Redaktion des „Braunschweiger Volksfreund“ tritt der Genosse Herzberg aus, um in die Redaktion des Ludwigshafener Parteiblattes einzutreten, das am 1. Oktober ganz selbständig wird. Auch in der Redaktion des „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau geht wieder ein Wechsel vor sich. Genosse Huth wird demnächst austreten und die Leitung des Gewerkschaftshauses in Plauen i. V. übernehmen.

„Nach zehn Jahren.“ Der Herausgeber der kürzlich im „Vorwärts“ erschienenen Denkschrift zum zehnjährigen Bestehen der Niederländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist nicht der Parteivorstand, sondern, wie wir erfuhr werden zu berichtigten, der Genosse A. V. Soep in Amsterdam. Der Parteivorstand wird jedoch in den nächsten Tagen auch eine Denkschrift herausgeben, und zwar in Form einer kleinen Broschüre, die zum Preise von 10 Cent (17 Pf.) veräußert werden soll. Das von Soep herausgegebene und verlegte Buch kostet nach deutschem Gelde 1,40 M.

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage des Holzgewerbes. Seit Ende Juli macht sich in den verschiedenen Branchen des Holzgewerbes eine erhöhte Lebendigkeit des Geschäftsganges bemerkbar. Namentlich nimmt die Arbeitslosigkeit in den Betrieben der Möbelfabriken zu, nachdem schon vorher die Bautischlerei äußerst flott beschäftigt war. Eine Umfrage der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ ergibt, daß in sämtlichen größeren Orten mit Ausnahme Bremens fast alle in der Holzindustrie thätigen Personen zur Zeit voll beschäftigt sind. Die durch die Umfrage kontrollierten Betriebe beschäftigen ca. 54 000 Arbeitskräfte.

In Danzig zeigt sich der flotte Geschäftsgang nicht nur daran, daß ständig Tischler gesucht werden, sondern auch an den zahlreichen Ueberflüssen, die von mindestens 10 Proz. der Beschäftigten gemacht werden müssen. In Breslau finden gleichfalls fortgesetzt Neueinstellungen statt, sobald der Bezug von außerhalb sich gar nicht wie sonst nachteilig auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar macht. Die Zahl der offenen Stellen am gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis steigt von Monat zu Monat. In Leipzig ist der Geschäftsgang in allen Branchen mit Ausnahme der Fabrikation automatischer Musikwerke, wo zahlreiche Entlassungen vorgenommen werden müssen, gut. Tischler und Stellmacher sind sehr gesucht. Bei 4800 dem Gewerbe angehörigen Personen waren im Monat Juli noch 214 arbeitslos. Das sind einige Personen weniger als der monatliche Bezug von außerhalb beträgt, der auf 250 Köpfe pro Monat geschätzt wird. Nicht viel erheblicher ist die Arbeitslosenziffer in Berlin, obgleich hier nicht nur die Zahl der Beschäftigten um das Sechsfache größer ist als in Leipzig, sondern auch infolge von Differenzen an auswärtigen Orten ein starker Bezug stattfindet. Bei den Tischlern beträgt der Wochenberdienst gegenwärtig durchschnittlich ca. 28 M., bei den Einseimern 30, bei den Bodenlegern 30, bei den Drechseln 21, bei den Korbmachern 17 bis 18 und bei den Stellmachern 21 M. Hinsichtlich günstig liegen die Verhältnisse auch in Charlottenburg, wo augenblicklich sowohl die Bau- als Möbelfabriken mit Aufträgen überhäuft ist. Sehr viel Ueberstunden werden in Magdeburg gemacht, wo in sämtlichen zum Holzgewerbe gehörigen Branchen sehr viel zu thun ist. Zugang findet fast gar nicht statt. Hannover hat dagegen starken Zugang aus den Beseherorten zu verzeichnen, aber trotzdem können alle Arbeitsuchenden in der Tischlerei und Stellmacherei gut untergebracht werden. Nur für die Drechseler ist der Geschäftsgang ziemlich flau. Voll beschäftigt sind auch die Tischlereibetriebe in Eilen a. d. R., obgleich im Juli ein ziemlich starker Zugang von außerhalb stattfand, sind doch keine Arbeitslosen vorhanden. Freilich erschwert der Zugang die Durchführung der tariflich festgelegten Arbeitsbedingungen, insbesondere bei den Arbeitgebern, die keiner Organisation angehören. In Elberfeld-Warmen sind bis auf 50 Arbeitslose alle Arbeiter des Holzgewerbes reichlich beschäftigt. Die Musikinstrumentenbranche verzeichnet momentan einen Aufschwung. In Reich herbst gegenwärtig sogar Arbeitermangel, da gegen 50 Stellen offen stehen. Karlsruhe meldet Neueinstellungen in den größeren Betrieben. Bessere Arbeiter sind ständig gesucht. Ueberstunden werden indessen nur in wenigen Betrieben gemacht. Auch in München ist die Lage des Holzgewerbes recht günstig. Voll beschäftigt sind namentlich Möbel- und Parteilocher, Wagner und Bürstenmacher. In der Bauindustrie hat sich der Geschäftsgang in den letzten 5 Wochen gleichfalls gebessert. Der Bau von zwei großen Warenhäusern und des Krankenhauses zum Roten Kreuz ergaben große Aufträge. Eine Möbelfabrik, die die Laboreinrichtung für eines der Warenhäuser übernommen hat, stellte die Einstellung von 40 bis 60 Schreibern für Mitte August in Aussicht. Wie überraschend sich in München die Konjunktur in den letzten Monaten, besonders aber im Juli gehoben hat, geht unter anderem auch aus der erheblichen Abnahme der Arbeitslosenziffer beim Holzarbeiterverband hervor. Sie betrug im April 141, im Mai nur noch 61, im Juni 65 und fiel im Juli auf 31.

Deutsche Gummi- und Guttaperchawarenfabrik, Akt.-Ges., vormals Bolpi u. Schlüter, Berlin. Ueber das Vermögen der Gesellschaft ist gestern das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Konkursverwalter wurde der Kaufmann Robert Lorenz/Rixdorf, ernannt. Nach dem Verlauf der Generalversammlung am 30. Juli war dieses Ende zu erwarten. Die Verwaltung beantragte bekanntlich eine Zuzahlung von 300 M. auf jede der vorhandenen Aktien a 300 M. Die Generalversammlung war indes der Ansicht, daß auch diese Zuzahlung das Unternehmen nicht mehr lebensfähig machen würde und beschloß deshalb unter Ablehnung des Verwaltungsantrages die Liquidation.

Russische Schatzkammern. Die aus dem Zarenreich herüberdringenden Nachrichten über den lähmenden Einfluß des Krieges im fernem Osten auf das gesamte russische Wirtschaftsleben, über die Abnahme der industriellen Tätigkeit und die Zunahme der Konjunktur und die Arbeitslosigkeit find der russischen Regierung höchst unangenehm, und zwar umso mehr, als sich nicht wegzugeln läßt, daß eine Reihe der südlischen und westlichen Gouvernements unter einer Miskerte leidet. Der Kredit Rußlands im Ausland wird durch solche Mitteilungen geschädigt, und doch sieht Rußland sich gezwungen, demnächst zur Aufnahme einer neuen Anleihe zu schreiten, so arbeitet denn die russische offizielle Wirtschaftslage Rußlands und die Kraft, Beweise für die günstige Wirtschaftslage Rußlands und die Zunahme seines Volkswohlfandes zu finden. Dabei ist man wieder mal darauf verfallen, die Vermehrung der Spareinlagen als Beweis für die Gesundheit des russischen Wirtschaftslebens anzuführen. Das Russische Handels-Telegraphen-Bureau veröffentlicht nämlich folgende Mitteilung:

„Im Januar, dem nach der Bewegung der Geldoperationen der letzten Jahre besten Monat, betrug die Zunahme der Sparfassenbücher ebenfalls 18 000 Stück, der Februar ergab eine jäh Abnahme um 18 000 Stück, März und April dagegen eine Zunahme um 10 000 resp. 8000 Stück. Der Ueberfluß der Einlagen über die Abhebungen betrug im Mai 1 700 000 Rubel gegen 800 000 Rubel im April. Anfang Juni betrug die Summe der Spareinlagen 854,7 Millionen Rubel, gleichzeitig trugen die festverzinslichen Papiere der Deponenten um 3 Millionen auf 178,4 Millionen. Die Gesamtsumme der Volkssparnisse am 1. Juni betrug 1 033,1 Millionen gegen 1 021,6 Millionen Rubel am 1. Januar 1904. Im Vergleich mit den Büchern des Monats Mai 1903 läßt sich gleichfalls ein günstiger Schluß über den Gang der Sparfassenoperationen des laufenden Jahres ziehen, obwohl das Jahr 1903 das beste seit Gründung der Sparfassen gewesen ist, so daß die im laufenden Jahre gegenüber dem Vorjahr beobachtete geringe Abnahme der Depositionen — im Verhältnis zu jenem hervorragenden Jahre — nur zu Gunsten der Steigerung der Volkssparnisse in Rußland spricht, insbesondere wenn man die schwere Lage in Betracht zieht, die Rußland gegenwärtig durchmacht.“

Wie schon mehrfach hervorgehoben worden ist, bietet die Zu- und Abnahme der Spareinlagen absolut keinen Maßstab für die Beurteilung der Wirtschaftslage. Es ist eine allbekannte Erscheinung, daß in Zeiten wirtschaftlicher Abspannung, wenn die Kapitalbesitzer keine Gelegenheit zur Anlage ihrer Gelder finden, oder zu Zeiten einer Krise, wenn überall Zusammenbrüche drohen, sich die Spareinlagen schnell mehren. Mancher Kapitalist, der sonst sein Geld im Handel und in der Industrie „arbeiten“ läßt, hält es eben dann für besser, sein Kapital in der sicheren Sparfasse unterzubringen. Auf diese Gründe dürfte auch die Vermehrung der Spareinlagen, soweit sie überhaupt zutrifft, zurückzuführen sein. Ihr Mißtrauen veranlaßt russische Kapitalisten einfach, ihr Geld aus den geschäft-

lichen Unternehmungen und privaten Bankinstituten zurückzuführen und nach der Sparklasse zu bringen.

Baumwollkultur in Spanien. Die Baumwollnot der letzten Jahre und die Preissteigerung der Rohbaumwolle ermuntert überall in den südlichen Ländern zu Anbauversuchen.

In Spanien liegt den Cortes ein Gesetzentwurf zur Einführung der Baumwollkultur vor, zu welchem die gegenwärtigen Marktverhältnisse sowie der Umstand, daß bereits in früheren Zeiten die Baumwollkultur in Spanien mit Erfolg betrieben wurde, die Begründung bilden. Der Gesetzentwurf verfolgt den Zweck, die spanische Landwirtschaft zunächst bloß zu einem Versuch der Wiederbelebung der Baumwollkultur anzuregen, nach dessen Ergebnissen erst beurteilt werden soll, ob der Anbau in größerem Umfang mit Rücksicht auf die erzielte Güte der Baumwolle und die Produktionsverhältnisse sich als wirtschaftlich lohnend erweist. Es sollen demnach jene Grundstücke, auf welchen der versuchsweise Anbau der Baumwollkultur erfolgt, durch drei Jahre von der Grundsteuer vollständig befreit sein und, soweit die Baumwollkultur dann auf denselben fortgesetzt wird, noch durch weitere zehn Jahre mit keiner höheren Grundsteuer als vor der Einführung der Baumwollkultur vorgeschrieben war, belastet werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste.

Arbeiter! Parteigenossen! Gewerkschaften! Vereine!

Achtet bei den Auszügen und Partien am morgenden Sonntag genau auf die Lokalliste vom 3. Juli, verkehrt nur in denjenigen Lokalen, welche der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. zur Verfügung stehen.

Nieder-Schönhausen. Bezugnehmend auf das Inserat am Sonntag, den 7. August, betreffend Erntefest am 14. und 15. August, unterzeichnet „Die vereinigten Gastwirte“, teilen wir mit, daß dieses Erntefest lediglich von vier Gastwirten arrangiert wird und zwar befinden sich darunter die Gastwirte Donath, Pledmit und Thiele, die ihre Lokale der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht zur Verfügung stellen. Wir ersuchen deshalb, nur die Lokale von Wenzel, Setteborn, Misch und Sandowicz zu besuchen, weil diese Lokale als frei gelten.

Heinersdorf. Wir empfehlen den Parteigenossen, Vereinen u., das Erntefest am 14. und 15. August nicht zu besuchen, da der dortigen Arbeiterschaft kein Saal zu Versammlungen u. zur Verfügung steht.

Die Besucher der Heilstätten weisen wir darauf hin, daß in Blankenburg nur das Lokal „Wirtshaus an der Panke“ frei ist, in Malsow desgleichen „Café Tietz“.

Rosenthal. Die Besucher zum Erntefest am 14. und 15. August ersuchen wir, nur das Lokal A. Kabeley, „Gasthof zur Mühle“, Hauptstr. 83, zu besuchen, weil die anderen Lokale alle als gesperrt zu betrachten sind.

Reinickendorf (Ost). In Anbetracht des Erntefestes am Sonntag, den 14. und Montag, den 15. August, bringen wir den Parteigenossen u. in Erinnerung, daß die Lokale von Brauns, Kaiser Friedrich-Garten, Armann, früher Sandhagen, und Meinitz, Residenzstraße, der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht zur Verfügung stehen.

Die Lokal-Kommission.

Erster Berliner Wahlkreis. Dienstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereins-Versammlung in den Aminshallen, Kommandantenstraße 20. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Albert Siebekum über „Ludwig Feuerbachs Leben und Lebenswerk“; Diskussion. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Britz. Die Handzettel-Verbreitung, welche am Sonntag, den 14. d. M., hier stattfinden sollte, fällt aus, ebenso die Versammlung, die für Dienstag, den 16. d. M., angelegt war, weil der Genosse Jubel den Vortrag in der Versammlung zu halten wieder abgesetzt hat.

Für die Ortsgruppen Mariensfeld, Lichtenrade, Malsow und Mariendorf findet am Sonntag, den 14. d. M., eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Albrecht Fälle über das Thema „Freiheit in Deutschland und Deutschland in der Welt“ referieren wird, außerdem giebt Genosse Fritz Greulich seinen Bericht als Gemeindevorsteher. Männer und Frauen haben Zutritt.

Strolach. Am Sonntag, den 14. August, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Gurth, Alt-Strolach 5, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Der Genosse M. Niesel hält das Referat über „Der geplante Wahlrechtsraub“. Wir ersuchen die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand des Sozialdem. Wahlvereins von Strolach und Umg. J. A.: Herr. Hallwag, Alt-Strolach 66, Lueregeb. III.

Nieder-Schöneweide. Am Sonnabend, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Franz die ordnungsmäßige Versammlung des Wahlvereins statt.

Gieswalde. Der Wahlverein hält am Sonnabend, 13. August, abends 1/9 Uhr, seine Mitgliederversammlung bei Heinrich, Pandels Abgabe, ab. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Lokales.

Berliner Fremdenlogis.

Man schreibt uns: Ausgenommen den vornehmen Westen, giebt es in Berlin eine große Anzahl sogenannter Fremdenlogis, die ein Mittelglied zwischen Herberge und Gasthof bilden. Sie liegen zumeist im Osten und Norden der Stadt, sind aber auch im Südviertel und Centrum Berlins anzutreffen. Die Besucher dieser Fremdenlogis rekrutieren sich aus fast allen Schichten der Gesellschaft. Arbeiter, Handwerker, Steller, Künstler, Kaufleute u., denen das Geschäft oder vielmehr die sozialen Verhältnisse es unmöglich gemacht haben, ein Zimmer oder eine Schlafstube zu mieten, und die die Ähyle für Obdachlose nicht aufsuchen wollen, kehren in diese Fremdenlogis ein. Die Besitzer dieser beinahe ausnahmslos in dürftigster Weise „ausgestatteten“ Schlafstätten betreiben gewöhnlich auch eine Gastwirtschaft. In denjenigen Zimmern, wo die Betten eng zusammengepackt stehen, variiert der Preis für eine Nacht des Schlafens zwischen 40, 50, 60 und 75 Pf. Die Zimmer für 1 M., die den zweifelhaften „Vorteil“ haben, daß nur zwei oder drei Personen darin schlafen, sind aber ebenso primitiv wie die billigeren. Im Verhältnis zu der wirklich bescheidenen Wertigkeit der Mehrzahl der Berliner Fremdenlogis sind das viel zu hohe Preise. Fragt man sich im Anschluß daran, wie dort die hygienischen Verhältnisse liegen, so wäre es angebracht, daß die Aufsichtsbehörde öfter Revisionen abhalten ließe. Ein Miasma in diese Schlafräume ertregt bei dem Besucher wahres Entsetzen. Das Zimmer starrt vor Schmutz, die Betten sind meistens im unfaulsten Zustande und werden erst nach längeren Wochen frisch bezogen. Sieht man in Betracht, daß in jeder Nacht fast eine andre Person, deren Gesundheit und Reinlichkeit nicht festgesetzt wird, auf dem Lager schläft, so ist es nicht zu verwundern, wenn diese Stätten oft den Herd für Ungeziefere bilden und möglicherweise anstehende Krankheiten verbreiten können. Zur Entleerung des Urins sind gewöhnlich Eimer vorhanden, die selten gereinigt oder desinfiziert werden und die Schlafräume des Nachts mit schlechter Luft erfüllen.

In einem Fremdenlogis in der Landsbergerstraße sind sogar, weil keine Klosetts vorhanden, im Korridor vier Behälter aufgestellt, welche zur Aufnahme der Exkremente dienen. Eine wahrhaft pestartige Atmosphäre herrscht daseibst. Rechnet man noch die fahlen schmutzigen Hände hinzu, an denen oft Ueberreste von einem gewesenen Spiegel oder einer anstrangierten bläulichen Lampe hängen, so erhält man ein Bild, welches elender und trostloser nicht gedacht werden kann. In diesen Schlafstätten hausen nun gegen gewöhnlichen hohen Geld Menschen!

Die Armenverwaltung, Abteilung für Waisenverwaltung, sendet uns folgende Verächtigung:

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir mit Bezugnahme auf den Artikel „Berliner Zwangstaufen“ in der Nummer 175 vom 28. Juli 1904 um Aufnahme folgender Verächtigung:

1. Das Kind Erna Müller ist nicht gegen den Willen und ohne Wissen der Eltern getauft worden. Die Mutter des Kindes hatte in der bei der Aufnahme des Kindes am 2. September 1903 aufgenommene Verhandlung vielmehr ausdrücklich die Frage, ob die Taufe gewünscht werde, mit „ja“ beantwortet. Mit Rücksicht auf diesen ausdrücklichen Wunsch der Mutter ist die Taufe erfolgt.

2. Es ist der Frau Maria Müller am 9. Juli 1904 nicht mitgeteilt worden, daß die Taufe „auf Anordnung“ erfolgt sei. Auf die Anfrage der Frau Müller, ob und wo das Kind getauft worden sei, ist ihr vielmehr, wie das richtig wiedergegebene Schreiben ergibt, auf Anordnung der Waisenverwaltung mitgeteilt worden, daß das Kind in der Parochial-Kirche getauft worden sei.

J. V.: Münsterberg.

Wir behalten uns vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Der Bau des Teltow-Kanals macht auch im Osten gute Fortschritte. Es handelt sich dort jetzt um die Ausführung der Verbindungslinie Britz-Kanone, für welche die Enteignung verschiedener Grundstücke im Gemeindebezirk Treptow erforderlich ist. Unter den hierbei interessierten Eigentümern befinden sich nach öffentlicher Bekanntmachung: der Rittergutsbesitzer Robert Erwin Wilkins zu Berlin, der Rechtsanwalt Dr. Gustav Feidler, ebenda, und die verehelichte Frau Rentenannt von Jena. Der Enteignungskommissar des Regierungspräsidenten, Regierungsrat von Wedem, hat Abschlußtermin auf nächsten Mittwoch an der Haltestelle Naumnichweg anberaumt.

„Wider die Pfaffenherrenschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Das sechste zur Ausgabe gelangte Heft bringt die Fortsetzung des 10. Kapitels, in dem der Verfasser u. a. behandelt: Das Erwachen des Geistes. — Es ist eine Lust zu leben! — Deconomische und politische Ursachen der geistigen Umwälzung. — Die Scholastik und über was sie sich den gelehrten Kopf zerbrach. — Der Humanismus. — Dante Petrarca, Boccaccio. — Gutenberg, Columbus, Kopernikus u. a. und die großen Entdeckungen. — Die Menschen der Renaissance. — Das Wesen des Humanismus. — Bürgerliche Frauenemanzipation in der Renaissance. — Sebastian Brant. Geiler v. Kaisersberg. Keneas Chelms. Wimpfeling. Bebel. Hirtheimer. Gütten. Reindlin. Erasmus v. Rotterdam u. a. sowie zahlreiche Bilder aus jener Zeit. Jedes Heft des Werkes kostet 20 Pf. Die bereits erschienenen Hefte werden nachgeliefert. Jede Parteibuchhandlung sowie die Parteilieferanten liefern die Hefte.

Beanhändertes Fleisch. Im Monat Juli d. J. wurden von den im Berliner Schlachthof geschlachteten Tieren wiederum eine große Zahl beschlagnahmt und der Polizei überwiesen. Die Zahlen beweisen am besten, wie notwendig eine scharfe Kontrolle ist. Es wurden beanstandet 329 ganze Rinder, 67 ganze Käber, 13 ganze Schafe und 675 Schweine. Ferner teilweise 3035 Rinder, 144 Käber, 3786 Schafe und 9480 Schweine, die meisten wegen Luberulose, Finnen und Trichinen. Vier Schweine waren stark trichinös. Außerdem wurden noch beschlagnahmt einzelne Teile und Organe von 4917 Rindern, 209 Käbern, 472 Schafen und 11771 Stück Schweinen. Daneben wurden aber noch in den städtischen Untersuchungsstationen für von auswärts eingeschicktes frisch geschlachtetes Fleisch in Juli d. J. zurückgewiesen bzw. beanstandet und der Polizei überwiesen: 16 Rinderhälften, 21 Kilogramm Rinderfleisch, 8 Rinderköpfe, 10 Rinderzungen, 9 Käber, 1 Schaf und 8 Schweine, darunter 5 Wildschweine und 38 Kilogramm Schweinefleisch. Als bedingt tauglich wurden befunden: 16 Rinderhälften, 2 Rinderköpfe, 8 Rinderzungen und 2 Schweine. Als minderwertig: 16 Rinder und 4 Schweine. Zwei Schlächter wurden angezeigt, weil bei ihnen Fleisch vorgefunden wurde, das mit einem Stempel nicht versehen war.

Eine überraschende Meldung, die anscheinend auf amtlicher Information beruht, bringen heute verschiedene Blätter. Hiernach wäre die Höherlegung nur noch auf sechs Bahnhöfen, und zwar Jungfernheide, Gieswalde, Spinnargendort, Tempelhof, Treptow und Schönhauser Allee vorzunehmen. Hiervon geht hervor, daß eine ganze Reihe von Bahnhöfen gänzlich in der alten Höhenlage verbleiben sollen, so auf den Bahnhöfen Ebersstraße, Hermannstraße, General-Papestraße, Vosselstraße, Putschstraße u. a. m. Wenn alle diese Bahnhöfe thätig sind, wie es nach der erwähnten Notiz, welche unter Mitteilung über die Unterbrechung in den Höherlegungsarbeiten berichtet, zutreffend ist, so werden speziell im Nord- und Südviertel unzulässige Zustände geschaffen. Die Ungleichheit in der Höhenlage der Wohnfläche schafft für die Fahrwege beim Besteigen resp. Verlassen der Wagen nicht nur große Unbequemlichkeiten, sondern es würden zweifellos ernste Unfälle herbeigeführt werden. Es ist geradezu unverständlich, daß eine Anzahl Bahnhöfe, zum Teil mit starkem Verkehr, von der Reinerung ausgeschlossen bleiben sollen.

Das Austrocknen von Seen in der Umgebung Berlins und das Verschwinden der Schwärme infolge der Dürre wurde dieser Tage gemeldet. Wie wir dem gegenüber mitteilen können, ist in der Mark Brandenburg noch kein Bach, kein Fluß vollständig ausgetrocknet und sämtliche märkische Binnenseen haben noch einen reichlich hohen Wasserstand, wenn auch eine Erhöhung der Höhe des Wasserpiegels zum Teil bis zu 75 Centimeter infolge der anhaltenden Dürre stattgefunden hat. Die Gefahr des Austrocknens von Seen liegt bisher glücklicherweise nicht vor. Ebenso unrichtig ist die Behauptung, daß die Schwärme verschwunden seien. Die Vögel hatten bei der enormen Hitze, welche der Insektenentwicklung besonders dienlich ist, überreichlich Nahrung und es fehlte daher auch jede Veranlassung für die Segler der Lüfte, uns zu verlassen.

Dreitausend Mark Belohnung werden auf die Herbeischaffung gefälschter russischer Papiere und auf die Ergreifung des Diebes Josef Simmelmann ausgesetzt. Am 30. v. M. wurden in Warschau gefohlen von der vierprozentigen Rente über je 5000 Rubel Nr. 296 und 259 der Serie 161, Nr. 206 und 033 der Serie 121, Nr. 183 und 188 der Serie 212 und ein Stück über 5000 Rubel mit unbekannter Nummer, das aber den Namen „Raswowski“ trägt; ferner fünf Stück über je 1000 Rubel mit den Nummern 3017 bis 21 der Serie 251 mit Talons und Coupons. Der Thäter, der unzweifelhaft schon versucht hat, in Berlin einen Teil der Papiere umzusetzen, ist 36 bis 38 Jahre alt, 1,65 bis 1,68 Meter groß, hat graugemischtes Haar und ebenförmigen Bart und Watternarben auf dem Kopf und im Gesicht unter dem Bart.

Aus der Untersuchungsanstalt entlassen ist der Handelsmann Milch, der, wie seiner Zeit gemeldet, im Verdacht stand, für Athleten, Robert und Genossen den Verkauf gefälschter Waren übernommen zu haben. Die Nachforschungen der Behörde haben allem Anscheine nach kein Beweismaterial gegen M. ergeben, der daraufhin wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Milch war schon früher einmal als der Fehler verdächtig verhaftet worden, mußte jedoch auch damals wieder entlassen werden, da Beweismaterial gegen ihn nicht beizubringen war.

Beim Auffpringen auf die Vorderplattform eines Straßenbahnwagens verunglückt ist gestern Abend der Schlosser Ernst Klatt, Bernauerstr. 1 wohnhaft. K. wollte vor dem Hause Kasanien-

Allee 55 den in voller Fahrt befindlichen Motorwagen Nr. 1638 besteigen, glitt jedoch vom Trittbrett ab und stürzte rückwärts neben dem Wagen zu Boden. Mit einer schweren Wunde am Hinterkopf und Bruch des linken Ellenbogens wurde der Verunglückte in besinnungslosem Zustande nach dem Lazarus-Krankenhaus überführt.

Zu erschrecken versuchte sich in der letzten Nacht um 11 Uhr der 23 Jahre alte Studiosus der Medizin Fritz Köhler aus der Tietzstraße 37. Köhler ist der Sohn einer Eisenbahnbeamten-Witwe aus der Provinz, betrieb sein Studium schon eine Reihe von Semestern und sollte in der vergangenen Woche eine Prüfung ablegen. Dabei war er durchgefallen. Sehr niedergeschlagen kam er nach Hause und verließ am Montag die Wohnung mit dem Bemerkung, daß er sich erschrecken möchte. Die Wirtin nahm die Worte nicht ernst und ließ ihn ohne Einreden fortliegen. Wo er sich inzwischen aufgehalten hat, ist nicht bekannt. Um die angegebene Zeit hörte ein Schuttmann zwei Schüsse fallen und fand aus alsbald den Studenten, der sich zwei Schüsse in die rechte Schläfe abgefeuert hatte. Er konnte noch seinen Namen nennen und wurde in die Charité gebracht. Dort ist er noch am Leben, aber nicht vernunftfähig.

Ein erschütternder Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in Nieder-Schöneweide zugetragen. Der 13jährige Sohn der Witwe Behr in Hammelsburg hatte sich einer seiner Mutter befreundeten Kommissie C. bei einer Landpartie nach Nieder-Schöneweide angeschlossen. Die Ausflügler begaben sich nachmittags in den Wald in die Nähe der Spree, woselbst sie sich lagerten. Frau C. wollte schlafen und forderte den kleinen Behr sowie ihre eignen Kinder auf, zusammen zu spielen, jedoch nicht zu nahe an das Wasser heran zu gehen. C. entleedete sich aber dennoch, um zu baden, und ging, da er ein ziemlich guter Schwimmer war, weit in die Spree hinein. Plötzlich verschwand der Knabe in den Fluten und ertrank. Seine Leiche, die erst am Abend aufgefunden wurde, ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

In den Tod gespielt. Die 11jährige Tochter des in der Solmsstraße 23 wohnhaften pensionierten Feuerwehmannes Herrn Kinnert spielte gestern nachmittag mit mehreren Kindern auf der Promenade in der Gneisenstraße. Beim Hantieren lief das Kind im Eifer des Spiels auf den Fahrdamm und unglücklichweise direkt in einen eben vom Omnibus-Depot in der Gneisenstraße kommenden schweren Güterwagen. Die Räder des Wagens gingen dem armen Kinde über die Brust. Man brachte die Kleine nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer, doch konnte dort nur der bereits eingetretene Tod festgestellt werden. Die Leiche wurde in die Wohnung der Eltern gebracht. Nach Aussagen von Augenzeugen trifft den Kutscher gar keine Schuld; derselbe fuhr ganz langsam; das Kind achtete leider im Eifer des Spiels auf gar nichts in der Umgebung.

Ein entsetzlicher Fahrstuhl-Unfall hat sich am Freitagnachmittag gegen 4 Uhr vor den Augen und in nächster Nähe des Prinzen Friedrich Leopold zugetragen und mit dem Tode eines blühenden Menschenlebens geadet. Der Prinz, der belamntlich in wenigen Tagen Potsdam verläßt, um sich nach dem russischen Hauptquartier nach Ostasien zu begeben, besuchte am Freitagnachmittag die Firma v. Tippelskirch u. Co. in der Potsdamerstr. 127/28, um daselbst seine Reise-Ausstattung zu besichtigen. Er verabschiedete sich zur genannten Zeit von den Geschäftsinhabern und besieg dann mit seinem Adjutanten den Fahrstuhl der Firma. Die beiden Herren hatten bereits Platz genommen, während der Fahrstuhlwärter gleichfalls einsteigen versuchte und in demselben Augenblick den elektrisch betriebenen Rotor in Bewegung setzte. In diesem Moment trat der Unglückliche sehr und geriet, während der Fahrstuhl noch fuhr, zwischen die eisernen Schienen. Nun blieb der Fahrstuhl zwischen der ersten und zweiten Etage stehen, da der Körper des Fahrstuhlführers, fest eingeklemmt, ein weiteres Hinabgleiten des Gefährtes verhinderte. Ein gerade die Treppe herauf kommender Postbote alarmierte sofort das Personal der Firma Tippelskirch und ein Zug des Feuerweh-Depots am Hasenplatz war in wenigen Minuten zur Stelle. Vor allen Dingen versuchten die Mannschaften dem Verunglückten ihre Hilfe anzubieten zu lassen. Mit Äxten und Brechstangen wurde der Fahrstuhlwärter aus seiner entsetzlichen Lage befreit, storb jedoch unter den Händen der inzwischen hinzugerufenen Ärzte und Samariter. Dann wurde der Prinz und sein militärischer Begleiter aus dem Aufzug herausgeholt. Beiden Herren wurden Stricke und Leitern zugebracht und sie konnten dann durch ein seitlich gelegenes Glasfenster nach 1/2stündigem Bemühen der Feuerwehherauskletterern. Der verunglückte Wärter war erst seit einigen Tagen im Dienst der Firma Tippelskirch und nur vertretungsweise angestellt. Den Namen des Toten konnten wir leider nicht erfahren, weil auf höheren Wunsch die Angelegenheit möglichst wenig in die Öffentlichkeit gelangen sollte. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus geschafft.

Im Dienste gestorben ist der 55 Jahre alte Postkammerer Karl Dahms aus der Grenadierstr. 35. Er diente bereits 29 Jahre und war zuletzt auf dem Postamt 76 am Hadeschen Markt beschäftigt. Von dort sollte er gestern nachmittags um 8 Uhr eine Vertiefung nach dem Amt 54 in der Voßringstraße befördern. Während er die Diensttasche in Empfang nahm, fiel er um und lebte noch fünf Minuten nicht mehr. Seine Leiche wurde vorläufig beschlagnahmt. Er lebte in kinderloser Ehe.

Einen tödlichen Sturz von der Treppe hat die fünf Jahre alte Tochter Gertrud des Straßenbahnkassiers Seemann aus der Güneerstraße 39. Sie spielte auf dem Geländer des fünften Stockes, wo die Mutter in der Waschküche beschäftigt war. Plötzlich hörte die Frau einen dumpfen Fall und fand ihr Kind auf dem Firn des nächsttieferen Stockwerks liegend auf. Die Kleine starb im Paul Werhardt-Stift an einem durch den Sturz erlittenen Schädelbruch.

Ein ausgeraubter Bierfahrer wird von der Polizei gesucht. In der Nacht zu gestern hatte sich der Mann auf einer Bank in der Genthinerstraße niedergelassen und war eingeschlafen. Sofort waren, wie ein Privatwächter beobachtete, drei zweifelhafte Gestalten um ihn herum. Als diese endlich davon gingen, weckte der Wächter den Schlafenden, der denn auch augenblicklich die Summe von 300 M. einlöslicher Gelder vermisste. Ein Schuttmann wurde verständigt, der mit den übrigen zusammen die Verfolgung der stehenden Fledderer aufnahm und nach längerer Zeit ergreifen konnte. Alle drei sind wohnungslos und schon mehrfach bestraft. Als man darauf an den Thäter zurückkehrte, war der Gefährdete verschwunden. Da er sich bisher nicht gemeldet hat, so wird er ersucht, seine Anzeige über den Verlust bei der Kriminalpolizei oder einem beliebigen Polizeirevier niederzulegen.

Die Eheleute Andre eruchen uns um die Mitteilung, daß ihr Schwager Walter, von dem in Nr. 183 mitgeteilt war, daß es während der durch Arbeit bedingten Abwesenheit der Eltern in den Rissen erstickt sei, nicht den Tod durch Erstickten gefunden hat, sondern an Lungen- und Darmkatarrh gestorben ist.

Vermisst wird seit dem 29. Juli cr. der Handlungsgehilfe Walter Hermann, 12. Mai 1882 Berlin geboren, zuletzt Kaiser Wilhelmstr. 2 wohnhaft gewesen. Er ist 1,68 Meter groß, dunkelblond, etwas hellerer Schnurrbart, Augen grau; die Nase ist etwas dick und hat an der Spitze eine kleine Vertiefung wie ein Kerb. Im Oberkiefer durch einen verkrüppelten Schneidezahn eine Lücke. Bekleidet war er mit einem fast schwarzen, ein wenig weiß melierten Jacketanzug, olivenbraunem Sommerüberzieher, weichen schwarzen Hosen, Zugstiefeln. Die Wäsche sowie Strümpfe sind mit W. H. gezeichnet. Mitteilungen über den Verbleib des Hermann werden auf jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 324, entgegengenommen, eventuell wird um Nachricht zur Journal-Nummer 6502 IV/1104 ersucht.

Die Wahlversammlung der Orts-Krankenkasse der Konditoren, Pfefferkuchler und verwandter Gewerbe zu Berlin hatte am 11. August auf Grund abgeänderter Statuts eine Neuwahl sämtlicher Vertreter zur Generalversammlung vorzunehmen. Gebrauch wurden 82 Vertreter und wurde die Liste des Verbandes, auf welcher auch mehrere weibliche Vertreter standen, mit großer Majorität ge-

Leipzigerstrasse 50a
Ecke Jerusalemstrasse

H. Esders & Dyckhoff

Oranienstrasse 48
Ecke Luckauerstrasse

Herren- und Knaben-Garderoben

fertig und nach Mass.

Sämtliche Sommersachen bedeutend im Preise ermässigt.

59718

Schul-Anzüge

Damen-Confection

Kinder-Wasch-Anzüge



Nie im Leben wiederkehrend!

TAIT'S DIAMANTEN bieten diesen hervorragenden einzig dastehenden Gelegenheitskauf.

Für Eine Mark

verkaufen wir Waaren, die früher 6 Mark gekostet haben.

Naturgemäss ist es unmöglich, dass wir solch ungeheures finanzielles Opfer lange tragen können, und es ist demzufolge nicht ausgeschlossen, dass wir unser Angebot bald zurückziehen. — Machen Sie Ihre Bestellung daher schleunigst, ehe es zu spät ist.

Der Versand geschieht ab unserer Adresse: **BERLIN W. Friedrich-Str.169**

Zwei Gegenstände werden gegen Voreinsendung von 2,30 Mark franco oder gegen Nachnahme von 2,50 Mark verschickt. Weniger wie zwei Gegenstände werden nicht versandt. Wir bitten stets um Angabe mehrerer Nummern, für den Fall, dass wir die eine oder andere, weil nicht mehr vorhanden, nicht senden können. Nichtconvenientes wird bereitwillig kostenlos umgetauscht.

Tait's American Diamond Palace · Berlin

FRIEDRICH-STR. 169
zwischen Behren- u. Französische Str.

FRIEDRICH-STR. 183
zwischen Mohren- u. Tauben-Strasse.

CENTRAL-HOTEL
Laden 15.

FRIEDRICH-STR. 143
zwischen Dorotheen- u. Georgen-Str.

Kinder-mehl

Von tausenden von Aerzten des In- und Auslandes empfohlen.
beste Nahrung
für gesunde und magenranke Kinder.

Kufekes

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe, Verstopfung etc. Die Kinder gedeihen vorzüglich und leiden nicht an Verdauungsstörung.

S. Piket,

Herren- und Knaben-Garderoben,
jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.

Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die bedeutend vergrösserten Räume
44 Prinzenstr. 44, gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe.

Monats-Garderobe.



Das Richtigsehen

ist für jeden Menschen von grösster Bedeutung, umso mehr aber für denjenigen, dessen Augen durch angetragenes Sehen oder unpassende Gläser geschwächt sind. Jeder Brillenbedürftige, ob weit-, kurz- oder überflüchtig, sollte deshalb beim Kauf eines Augenglasses darauf achten, daß ihm dieses auch genau paßt. Das altbekannte Institut für Brillen- u. Optiken von

Carl Buttendorff, Berlin N., Weinbergsweg 15b
(6. Laden vom Rosenthaler Thor)

Bietet jedem Käufer Gewähr für richtiges Anpassen aller Augengläser.

Stahl-Brillen und Pincenez	v. Mk.	1,00 — 3,50
Nickel- " " "	" "	1,50 — 4,00
Double " " "	" "	3,50 — 13,00
Gold- " " "	" "	8,00 — 40,00

Für außerhalb Wohnende: Prospekte zum Selbstbestimmen der Sehschärfe sowie Kataloge über Brillen, Altemmer, Ferngläser usw. kostenlos.

Wo?

Ist der schönste Ort für Landpartien und Ausflüge per Dampf-, Kreuzer und zu Fuß durch den Granowald zu erreichen? Auf der Insel Fischelowerder, Wirtshaus zum Freund. Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.

Enorm billig

gelangen, soweit der Vorrat reicht, zum Verkauf die nur hochmodernen, letzter Saison zurückgesetzten und zurückgebliebenen hochvernehmen Herren-

Anzüge

aus feinsten Massstoffen.
Jackett-Anzüge . . . Masspreis bis 60 M., jetzt 18—40 M.
Gehrock-Anzüge . . . Masspreis bis 75 M., jetzt 23—43 M.
Sommer-Paletots . . . Masspreis bis 50 M., jetzt 18—40 M.
Herren-Hosen . . . Masspreis bis 24 M., jetzt 7—14 M.

Sonntag 8—10 und 12—2 Uhr geöffnet.
Deutsches Versandhaus
Jägerstrasse 63, nur 1 Treppe, Ecke Friedrichstrasse.

Von der Reise zurück
Dr. Arthur Gottberg.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8.

Ein gewöhnliches Kopfweh ist ein Problem

Nr. 3 ungeschaffen

RHEINWEIN MARKE

Fuchssprung

175 - 100

CABINET 150

edle Blume, garant. rein
überall käuflich!

General-Papier-Sommer, Bergstr. 34

Haben Sie
Wanzen oder Schwaben

dann ist es Ihre Schuld
Verwenden Sie Hoffers' echtes Spezialmittel, welches Wanzen u. Schwaben nicht nur sofort tötet, Reins pflückt! Solle Garantie. Bei Wiederkehr im Gebrauch, Flasche 2.00, 1.- oder 3.-. W. Sprühapparate leihweise.

Nur echt in den Progeten von:
R. Hoffers Reichensbergerstr. 55 und
Koppenstr. 9. Fernsprecher.

Kinderwagen

neue hochelegante
unverwundlich und
beispiellos billig, weil
direkt v. der Fabrik,
größten schweizerischen
Kinderwagenfabrik
J. Treiber, Grimsa 134
Main-Katalog-Dein-Rat-
geber, sage beim Ka-
talogverlangen, ob gegen Bar mit 10%
Rabatt, od. bequeme Teilzahl. gewünscht.

Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 3-4, Brombergstr. 10/20.
Preise ab Platz von 10 Ctr. an
Sonthof. Halbstr. p. Ctr. nur 60 Pf.
Sonthof. Sal.-Brik. 6 od. 7 1/2 nur 65 Pf.
Anna, Adler, Marie
Sonthof.berger la Hanckels Werke 6 od.
7 Zoll, nur 75 Pf.
Haa, Salon-Briketts nur 85 Pf.
Frei Keller pr. Ctr. 10 Pf. mehr.
Bruch, Steinkohlen, Coaks, Holz zu
billigsten Sommerpreisen.
60 Handwagen verleihe zu Köhlen.

Ungeahnte Vorteile

geniesst jeder, der

Kaffee das Pfund zu 70, 80, 90, 100,
110, 120 Pfg. und höher

Thee das Pfund zu 150 und höher, in Paketen
zu 10, 20, 30, 45 Pfg. und höher

Chocolade, Biscuits etc.

Malzkaffee das Pfund nur 25 Pfg.

ferner

Kaffee-Zusätze (sog. Kaffee-Essenz)
in Dosen zu 20 Pfg., in Gläsern etc. zu 25 Pfg.,
lose das Pfund 60 Pfg.

nur kauft in

Kaisers Kaffee-Geschäft
Europas grösster Kaffee-Rösterei-Betrieb
1000 eigene Verkaufs-Filialen.

Fabrik: Vienna, Buda, Pest, Budapest, Belgrad
Vienne, Saigon
Proben und Probestellen

**NESTLE'S Kinder-
mehl**

Unübertroffen bei:
Brechdurchfall Diarrhoe Darmkatarrh
Vorrätig in Apotheken, Drogerien, Colonialw.

Täglich:
Billigste Dampfer-Extrafahrten

von der Michaelisbrücke
nach **Müggelwerder** mit Musik. Abfahrt 9 Uhr vormittags und
9 Uhr nachmittags. Preis für bleibende Gäste 30 Pf. hin und zurück.
Sonnt. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Sonntags einfache Fahrt 40 Pf. 67652

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkules tragen.
Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Kapp-
nähte. Haltbarste Pilot-Ladgen.
Große Hüften umsonst. Die Hölz

Bei Entnahme von **4 Mrk. 50**
6 Stück 25 Mrk.

Schblaue Monteur-Jadett 1 Mr. 90
Schblaue Monteur-Hose 1 Mr. 50
Schblaue Monteur-Jadett
Prima Körper-Gewebe 2 Mr. 50
Schblaue Monteur-Hose 2 Mr. 10
Prima Körper-Gewebe 2 Mr. 10
Wannschleifer-Hose 8,75, 5,50, 4,50, 3 Mr. 50
Gefittiert. Mannschleifer-Jadett 14,50 8,75
Weiße Freizeiter-Jadett 3,50, 2 Mr. 75
Kombi-Hosen, Preisig 4 Mr. 50
Wasser-Rittel 3.-, 2,50, 2 Mr. -
Mechaniker-Rittel (braun) 2.-, 2 Mr. 40
Weiße Leder-Jadett, Preisig
7,50, 3 Mr. 75
Weiße Lederhosen 4,50, 2 Mr. 90
Reifenreiner-Anzüge, blau,
nach Wunsch 5 Mr. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 24a/25, Praterstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 23. Preisliste 1904 wird kosten-
los und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Hosenweite und die Schrittlänge, bei
Jadett und Kitteln die Brustweite
anzugeben. 56402
- Versand von 30 Mr. an franco. -

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert
eleg. fertige Herren-Moden.

Bestellungen u. Maß, tabel. Kauf.
Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Hüte in allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Dresdenerstr. 100,
an der Prinzenstrasse. 5684L

Köpenick.
Echten alten Kottbuser
Korn zu haben bei **Aug.
Tauer**, Gastwirt, Köpenick,
Heimstr. 4. 57912

**Dr. Simmel, Pringen-
Str. 41,**
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Das erste
totgedruckte
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 1 1/2 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihanndlung Widenweg 19
verkauf Spottbillig verfallene Pfänder.
Ferner: Betten, Bettmöbel, Bett-
stühle, Herrenuhren, Damenuhren,
Perlenketten, Diamanten, Schmuck-
gegenstände, Trauringe, Badetzangen,
Damenstiefel, Steppdecken, Gardinen,
Leppiche, Regulatoren, Freischwinger,
Spiegel.

Gardinenhand Große Frankfurter-
str. 9, parterre. +37

Sporthorche Herren-Anzüge,
Paletots, Reinkleider, vorjährig, aus
feinsten Rohstoffen, spottbillig. Deut-
sches Verbandshaus, Köpenickerstr. 63,
eine Treppe. 23558

Reise zu Mädchenleidern, reine
Wolle, verkauft schleunigst Rest-
handlung Köpenickerstr. 9.

Weiße Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Besteres Sachen
enorm billig. Gutfabrik, Comptoir
Rene Friedrichstr. 81 I. Ecke König-
str. und Holzmarktstr. 37 a
parterre, früher Kaiserstr. 25 A.
Sonntags geöffnet. 23538

Möbel billig abgegeben zu jedem
Preis, Köpenickerstr. 37, Keller.

Sofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstr. 35 b. 23618

Kinderbettstelle, Sportwagen,
Kinderwagen, gebraucht, zurückgekauft,
spottbillig. Schneider, Kurfürsten-
str. 172. 1115

Betten, prachtvolle, 18.00. Michel,
Dresdenerstr. 38. 2656

Leppiche mit Farbensehler-Fabrik,
niederlage Große Frankfurterstr. 9,
parterre. +37

Nähmaschinen sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, Woche 1.00. Ge-
braucht 10.00. Postkarte genügt.
Frankfurter Allee 10, am Ring-
bahnhof. +141

Leppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brünn, Gadescher
Markt 4, Bahnhof Börs. 143/12

Hochlegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Stoffen 25-40
Mark. Versandhaus Germania, Unter-
den Linden 21. 24398

Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-
fünftel Mark, Invalidenstr. 149
(Eingang Bergstr.), Stahl-
str. 40, Große Frankfurterstr. 58.

Halbrenner "Wanderer", nur für
Kenne, neu 220 Mark, sehr 90 Mark,
frankreichsbar, abends 7 Uhr, Köpenick-
str. 25, Keller. 774

Wasch- und Ringmaschinen, beste
Qualität, billigste Preise. Bei An-
zahlung coulant Bedingungen.
E. Weilmann, Gollnowstr. 28, nahe
der Landsbergerstr. 23708

Cigarren - Restpartien pro Kiste
21/2, 24, 28 zu verkaufen Eckhof u.
Gebäude, Spandauerbrücke 7, eine
Treppe. 1956

Steppdecken billigst Robert Große
Frankfurterstr. 9, parterre. +37

**Selten wiederkehrende Gelegen-
heit**, Polstermöbel 3., Kleiderkram
14., Spiegel 2., Musikinstrumente
zu haben 3., Nähmaschine 14.,
Chaiselongue 16., elegante Tisch-
stühle 45., elegante Solongarnitur
95., Schränke, Bilder, Steppdecken,
Leppich 5., Gelegenheit für Braut-
leute. Gekauft kann stehen Wohnung
vermietbar. Köpenickerstr. 126a, I.

Restaurations zu verkaufen, passend
für Parteitassen, guter Bier- und
Schwammkaffee, Droschkentaxi
vor der Thür. Brauerei hilft. Zu
erfragen bei H. Mengels, Große
Frankfurterstr. 133. +45

Schönheitsgeschäft, gutgehend, sofort
zu verkaufen. Zu erfragen Partei-
expedition, Köpenickerstr. 24. +104

Vorjährligen Badetzang, neu,
Wittelsgr., Nachzahlung verlaue
Hälfte Kostenpreis schleunigst. Schnei-
der, Freyhauserstr. 29, II. 3125

Verschiedenes.

Rechtsbureau (Alexander-Platz),
Kurfürststr. achtzehn! Erfahrener
Prozessbeistand! Erfolgsfragen, Inter-
ventionen, Strafsachen! Eingaben-
gelänge! Raterteilung. 117/15

Rechtsbureau! (Andreasplatz),
Währweg vierundneunzig. Lang-
jähriges! Erfolgreiches! 2450

Patentamt (Nollplatz),
Oranienstr. 57, Reichplatz. Rat in
Patentsachen. 2545

Anfertigung! Sofa 5.00, Kutsche
4.00, auch außer Haus. Bachmann,
Blumenstr. 35 b. 23588

Fahrräder - Reparaturen, sorgfältig
und billig. Frankfurterstr. 14, Kam-
merstr. +45

Vermietungen.

Wohnungen.
Währstr. 8, nahe Station
Bachhauserstr. und Thälauer Thor,
sind vom 1. Oktober billige Woh-
nungen von 2 und 1 Stube mit Zu-
behör zu vermieten. Näheres da-
selbst beim Verwalter, 8-10, 2-8.

Stube, Küche, alleiniger Korridor,
No. IV, 21 Mark, Exercierstr. 3.

Wohnungen, 2 Stuben und Küche,
Zubehör, 20 Mark an, 1 Stube,
Küche, Zubehör, 15 Mark an. Neu-
lichtenberg, Wilhelmstr. 21, 6 Ri-
nuten vom Bahnhof Dammstr. 21,
auch beim Gastwirt Köpenick
dieselbst. +131

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, auch Teil-
nehmer zum möblierten Zimmer,
Dresdenerstr. 58, III rechts. 27415

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Vollständiger Schmelzer, Köpenick-
str. 10. +104

Stellenangebote.
Selbständige Schlosser auf Blätter-
treibarbeiten, nur solche, sucht bei
hohem Lohn Schlosserei Köpenick-
str. 25. 3015

Theater, für echtes Theater
werden anständige Leute, große Fi-
guren, als Statisten gesucht. Mei-
dingen Bureau für Bühnensachen,
Köpenickerstr. 24 parterre,
vormittags 10-12. 3026

Schlossergesellen verlangt Blume,
Charlottenburg, Schillerstr. 97.

Werkzeugschleifer, tüchtigen, selb-
ständigen, verlangt Schlosserei Blume,
Charlottenburg, Schillerstr. 97.

Geheilig zur Kunst- und Bau-
schlosserei verlangt Kippe, Stelmeh-
str. 24. 3076

Tapezierer - Gesellen, gute Köpferer,
verlangt Köpenickerstr. 126a I. 3066

Wahlkreis auf Saccos in und
außerem Hause verlangt Köpenicker-
str. 115a II. 3156

Junges Mädchen wird verlangt,
angenehm, Hausarbeit, Friedrich-
str. 30 III links. 3005

Einflussreichen verlangt Emil
Ginner Köpenick, Dirschstr. 41.

**Im Arbeitsmarkt durch
Besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**

**Tüchtigen
Klempner**
zuverlässig, deutsch sprechend, für
Dosenfabrikation vollständig perfekt,
sucht eine Konzeptionsstelle. Sub-
deutschland. Dauernde Stellung!
Lebenslang Gehaltsanspruch und
Heimreise abgehoben erbeten unter
H. U. 861 an Hausstein u.
Bogler H.-G., München. 100/14

Färber, Wäscher
gesucht. Altenbergs Färberei,
Weihenstepfer, Langhausstr. 4. 56882

Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die Pianofabrik von
A. Gast & Co.
Frankfurt Allee 117a
ist wegen Lohnminderungen für alle
Ordnung **gesperrt.** 144/17
Zugang streng fernzuhalten!
Fachverein der Musikinstrumenten-
Arbeiter.

Achtung, Tischler!
In der Genossenschaft "Union",
Friedrichstr. 35, herrschen Diffe-
renzen. Zugang fernzuhalten. 160/14
Der Fachverein der Tischler
Berlins.